97-84190-14

Viebig, Kurd

Die entstehung und entwickelung der...

Weimar

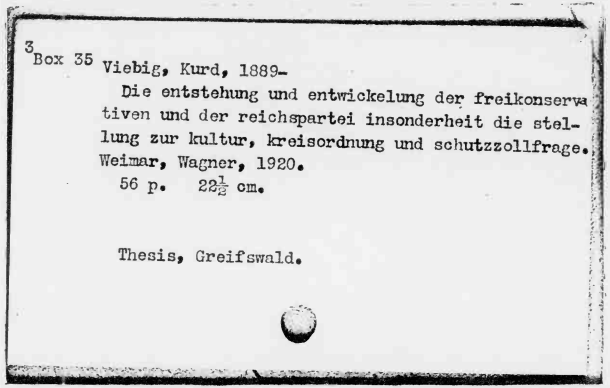
1920

97-84 190-14
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



3 Box 35 Viebig, Kurd, 1889-
Die entstehung und entwickelung der freikonserva
tiven und der reichspartei insonderheit die stel-
lung zur kultur, kreisordnung und schutzzollfrage.
Weimar, Wagner, 1920.
56 p. 22½ cm.

Thesis, Greifswald.

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-15-97 INITIALS: RB

TRACKING # : 27783

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

3 Box 35 Univ. Exchange 1922

Die Entstehung und Entwickelung der Freikonservativen und der Reichspartei

insonderheit die Stellung zur Kultur, Kreisordnung und Schutzzollfrage.

Abgekürzte Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde einer hohen rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät zu Greifswald.

Vorgelegt von

Kurd Viebig,
Leutnant a. D.
aus Berlin-Schöneberg.

Weimar 1920
Druck von R. Wagner Sohn.

Referent: Prof. Dr. Kaehler.

Bemerkung: Mit Genehmigung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät wird nur der erste Teil der Arbeit abgedruckt; vgl. das ausführliche Inhaltsverzeichnis.

Dem Andenken

der beiden Führer der Reichs- und freikonservativen Partei

Graf Eduard von Bethusy-Huc

und

Landrat **Wilhelm von Kardorff,**

den getreuen Mitarbeitern des Altreichskanzlers, den Vorkämpfern des deutschen Nationalgedankens gewidmet.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

I. Teil.

Seite

Abschnitt 1. **Vorgeschichte der Partei** 7

Die beiden führenden Parteien in Preußen 7
Die konservative Partei 8
Die liberale Partei 8
Die Regierungspolitik von 1860—66 9
Das Jahr 1866 10
Die Indemnitätsfrage 10

Abschnitt 2. **Die Reichs- und freikonservative Partei** 12

Die Gründung der freikonservativen Partei 12
Die Zusammensetzung der freikonservativen Partei 13
Die ersten Nachrichten über die Partei; ihr innerer Aufbau . 14
Der Name und die Benennungen der Partei 21
Die Stärke der Partei während der verschiedenen Legislaturperioden in Preußen und im Reiche 23
Presse- und Propagandaarbeit der Partei 28
Programme und Parteitage 31

Abschnitt 3. **Stellung zu den anderen Parteien** . . 34

Die Stellung zur konservativen Partei 34
Stellung zur nationalliberalen und liberalen Partei 39
Stellung zum Zentrum, Freisinn und zur Sozialdemokratie . 41
Kartellbildungen im Reiche und in Preußen 50

Die Stellung der freikonservativen Partei
a) zur Schutzzollfrage
b) zur Kreisordnung
c) zum Kulturkampf
} Nicht abgedruckt.

Lebenslauf.

Am 1. Juli 1889 wurde ich als Sohn des Justizrates und Notars Carl Viebig und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Hollmann zu Stendal in der Altmark geboren und im evangelischen Glauben erzogen. Ich besuchte von 1899—1908 die Oberrealschule zu Lichterfelde und die Hohenzollernschule zu Schöneberg, trat 1908 als Fahnenjunker in das Preußische Heer in das Infanterie-Regiment (3. Brbg.) Graf Tauentzien v. Wittenberg Nr. 20 ein, bestand im August 1909 auf der Kriegsschule zu Neiße das Offiziersexamen. Durch einen Unglücksfall verlor ich in meiner Garnison Wittenberg das Augenlicht und mußte die Offizierslaufbahn aufgeben. Ich bereitete mich nunmehr auf die Reifeprüfung vor, erlernte die lateinische Sprache und bestand im Januar 1917 die Reifeprüfung an der Königsstädtischen Oberrealschule zu Berlin. Nachdem ich bereits in den Jahren 1912—14 als Hörer die Universität und Hochschule besucht hatte, studierte ich nunmehr 6 Semester an der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin Staatswissenschaften (Nationalökonomie, Staats-, Verwaltungs-, Handels- und Völkerrecht). Nach Vollendung der 6 Semester promovierte ich mit Genehmigung der Staats- und rechtwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Greifswald und bestand am 31. Januar 1920 die mündliche Doktorprüfung.

Abschnitt I.

Die Vorgeschichte der Partei.

Die Reichs- und freikonservative Partei, die 52 Jahre lang als parlamentarische Partei im Reiche wie in Preußen am politischen Leben teilgenommen hat, gehört zu den Parteien, die von der großen Menge des Volkes unbeachtet doch einen großen Einfluß auf das Werden des Staates und des Reiches haben. Wenn man es unternimmt, die Geschichte einer politischen Partei zu schreiben, dann bedarf es eines Einblickes in die Zeiten, in der die Partei in die Arena des parlamentarischen Lebens tritt. Nicht von gestern auf heute bilden sich Parteien: wirtschaftlicher oder historisch-politischer Art sind die Ursachen ihres Werdens. Klassenunterschiede, die sich scharf ausarbeiten. Politische Ereignisse sind meist die Ursache, und ein besonders hervortretendes geschichtliches Ereignis gibt dann den Anlaß zur Gründung der Partei. Die heutigen Parteien Deutschlands haben meist ihren Ursprung in anderen bereits bestehenden Richtungen oder sie basieren auf einem Gedanken, der in der Zeit des Entstehens der Partei schon zu den Schlagworten des Tages gehört, wie einstens konservativ und liberal.

Die Reichs- und freikonservative Partei gehört in die Kategorie derjenigen Parteien, die sich nicht aus den Gedanken einer, sondern mehrerer Parteien herausbildete.

§ 1. Die beiden führenden Parteien in Preußen.

Der freikonservative Baum, der in dem parlamentarischen Walde emporragt, hat seine Wurzel in jener Zeit, da sich die konservative und die liberale Welt-

anschauung bitter bekämpfte. Diese beiden Anschauungen verkörperten sich in der konservativen und liberalen Partei.

§ 2. Die konservative Partei.

Die Konservativen, die an dem Bestehenden festhalten, die nur dem Gebot der Stunde folgen wollen, und die Liberalen, die Vorwärtsstürmenden, stehen sich im harten Kampfe gegenüber. Zu Tage traten diese beiden Weltanschauungen bereits in der großen französischen Revolution von 1789 und bildeten im Laufe des 19. Jahrhunderts die entsprechenden Parteien. Je stärker die Richtungen in sich werden, umso schärfer tritt ihr Gegensatz zu Tage.

Die konservative Partei, die in erster Linie als Mutterpartei der freikonservativen anzusehen ist, wurzelt in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts. Männer der Romantik hatten sich zusammengefunden, um ein Bollwerk gegen die von Westen herandrängende Flut des umstürzlerischen Weltverbrüderungsgedankens zu errichten. In den dreißiger Jahren nimmt der konstitutionelle Gedanke in der Wochenblattpartei festere Formen an. Besonders ist es Leopold von Ranke, der mit seinen historischen Schriften den Gedanken fördert. Die Führung übernimmt wie einst Heinrich von Kleist, jetzt Stahl, den man als den eigentlichen Begründer der konservativen Partei anspricht. Als das Jahr 1848 die Revolution bringt, kommt es zur öffentlichen Bildung der Partei. M. von Bethmann spricht in dem Jahre bereits seinen Sermon an die Konservativen.

§ 3. Die liberale Partei.

Im Revolutionsjahr 1848 gipfelt die Sehnsucht und das Verlangen nach einer liberalen Herrschaft. Die Liberalen, die dem alten starren Prinzip Valet gesagt haben, schreiben auf ihr Banner seit 48 den Einheitsgedanken, den Gedanken an das deutsche Kaiserreich

ohne Betonung der preußischen Führung. Ihnen ist der Gedanke, in dem die Konservativen sich wohl fühlen, zu eng, sie wollen sich ausdehnen, sie wollen ihren mehr auf das große gerichteten Gedanken Raum geben und glauben in der preußischen Vorherrschaft die Schranke zu sehen. Die Zeiten des Freiherrn von Stein sind für sie Lichtblicke, wenn ihnen auch die Revolution von oben nicht ‚zusagt. Das Jahr 48 erweckt in ihnen Hoffnungen, doch sie müssen es erleben, daß ihr „großdeutscher" Gedanke von jener kleineren herrschenden Schicht in Schach gehalten wird. Sie haben sich ungeachtet der schwarz-weißen Grenzpfähle mit den süddeutschen Brüdern in Verbindung gesetzt und sympathisieren mit ihnen; ihr Gedanke ist: „Nicht Preußen, nein Deutschland, nicht Königtum, nein Kaiserreich". Diesen Zielen wollen sie Bahnbrecher sein, und so schauen sie hoffnungsvoll und zuversichtlich nach Frankfurt.

§ 4. Die Regierungspolitik von 1860—66.

In der Zeit der Reaktion tost der unerbittliche Kampf zwischen diesen beiden Grundanschauungen. Da gelangen mit der Regentschaft Wilhelms I. die Liberalen zur Herrschaft. Doch sie vermögen nicht zu ungehemmter Tätigkeit auszuholen, denn der Eintritt Bismarcks in das Ministerium bedeutet eine Abkehr vom liberalen Regime.

Preußens Ansehen wuchs, und mit ihm mußte auch seine innere deutsche Machtstellung gesteigert werden. Daß diese Machtstellung Kriege unvermeidlich machte, darüber war sich Bismarck klar; die Auseinandersetzung über Bismarcks Politik führt zum sogenannten „Konflikt". Die Konservativen sind mit ihrer immer mehr abnehmenden Mandatszahl zu schwach, um Bismarck zu unterstützen, die Liberalen haben die Macht, sind ihm aber im Punkte der außenpolitischen

Machtfrage, der Bewilligung für das Heer, Gegner Die Mittelpartei, die in diesem Augenblicke den Kurs hätte sichern können, fehlte. So gehen die Jahre von 1861—1866 dahin. Man kann wohl von dieser Zeit als der Zeit der politischen Höchstspannung reden, denn je mehr die Zeit vorwärtsschreitet, umso mehr drängt sie zur endgültigen Entscheidung. Auf beiden Seiten hat man alles auf eine Karte gesetzt. Das Jahr 1866 soll die Entscheidung bringen.

§ 5. **Das Jahr 1866.**

Beide Parteien, die Konservativen wie die Liberalen, stehen sich unversönlich gegenüber, mächtige Parteien, geführt von Männern wie Kleist-Retzow, Wagner, Neustettin und Graf Schwerin auf der einen Seite, Lasker, Waldeck, Forckenbeck, Hoverbeck, Löwe und Gneist auf der anderen Seite. Auch die Kriege von 1864 und 1866 schaffen keinen Wandel. Es muß politische Tatsache konstruiert werden, die diese trennende Kluft überbrückt. Der glückliche Ausgang des österreichischen Feldzuges festigt die Politik der Konservativen. Man hätte annehmen können, daß sie jetzt die Politik der überlegenen Partei führen würden, denn vor dem Volke hat die Partei den Beweis erbracht, daß sie richtig gehandelt hat, als sie die Bismarcksche Politik zu ihrer eigenen machte und die Heeresorganisation und Kriegsanleihen in jeglicher Weise unterstützte und förderte. Die Konservativen sind aber als die im Rechte Sitzenden nicht gewillt, dem Gegner Konzessionen zu machen. Sie fühlen kein Verlangen von den alther gebrachten Prinzipien, die unter anderem die Forderung der ständischen Herrschaft enthalten, zu Gunsten des konstitutionellen Gedankens abzuweichen.

§ 6. **Die Indemnitätsfrage.**

Als daher Graf Bismarck 1866 die Indemnität einbringen will, erhebt sich Widerstand auf der rechten

Seite des Parlamentes. Die konservative Partei will es nicht mit ansehen, wie die Regierung die Liberalen demütig um Verzeihung bittet. Bismarck läßt sich jedoch nicht beirren. Der Ministerpräsident will durch die Einbringung der Indemnität die Tatsache der verfassungswidrigen Politik der vergangenen Jahre beseitigen. Stellten sich die Konservativen auf diesen verneinenden Standpunkt, so bot sich für Bismarck eine schwierige Lage. Die Konservativen, die vor dem Kriege im Landtage nur noch über 11 Sitze verfügt haben, sind jetzt um das Zehnfache vermehrt wieder in das Parlament eingezogen. Durch die Vergrößerung der konservativen Partei ist auch ein großzügigerer Geist in ihr eingekehrt, jenes starre Element hat wohl noch die Führung in der Partei, umfaßt aber nicht die Gesamtheit der Mitglieder. So finden sich denn auch einige unter ihnen, die den Entschluß des Ministerpräsidenten zu würdigen wissen und sich auf seine Seite stellen, selbst mit der Aussicht, von den Ihren als Ungetreue gescholten zu werden. Sie halten es für ihre Pflicht, dem Staatsmanne beim Bau der goldenen Brücke hilfreich zur Seite zu stehen.

Im Lager der Liberalen bietet sich das gleiche Bild der Uneinigkeit. Hat die Zeit der letzten Jahre ihnen gezeigt, daß ihre Politik eine gänzlich falsche gewesen ist, so ist man doch keineswegs gesonnen, den Kurs zu ändern. Die Liberalen haben sich derartig in die Ideale hineinversetzt, die den führenden Geistern dieser politischen Richtung vor Augen schweben, daß sie nicht davon ablassen wollen. Die Liberalen sehen in dem Parlamentarismus Englands und Belgiens das Höchste und Beste für den Staat. Sie fragen nicht danach, ob eine Wandlung ins Parlamentarische der Eigenart Preußens entspricht. Man will die preußische Eigenart dort eingliedern, wo sie zur Zeit noch nicht hingehört.

Die Frage ob Absolutismus oder Konstitutionalismus beherrscht die führenden Geister. Ihr zur Seite gesellt sich die Frage des Föderalismus und des Unitarismus.

Hier ist man nicht gesonnen irgend etwas von dem alten Erprobten mitzunehmen, man will ein Neues, ein Großes schaffen, das dem nationalen deutschen Gedanken gerecht wird. Aus diesem Grunde soll der preußischen Machtpolitik ein Ende bereitet werden. In diesem Vorwärtsstreben verlieren die Liberalen die richtige Schätzung der Sachlage. Sie erschöpfen sich in unerfüllbaren Forderungen und sehen in der konservativen Partei die Gegner, die nur darauf bedacht sind, einen Staatsstreich zu Gunsten der Junkerherrschaft, der reaktionären Weltanschauung auszuführen und der aufkommenden revolutionären Hydra, die sie in dem vorwärtsdrängenden Liberalismus zu sehen glauben, den Kopf zu zertreten. Die Liberalen dagegen erklären ihre Politik dadurch, daß sie laut und eindringlich erklären: „Dieser Regierung keinen Pfennig!“

Abschnitt II.

Die Reichs- und freikonservative Partei.

§ 7. Die Gründung der freikonservativen Partei.

So stehen die führenden Parteien in sich selbst uneins da. Die ganze politische Lage zwingt daher zur Gründung einer Partei, die diesen beiden Richtungen vermittelnd gegenübersteht. Während in den österreichischen Landen aus ehernem Munde der preußischen Kanonen der Welt verkündet wird, daß nun endlich dem Dualismus der deutschen Staaten ein Ende bereitet werden soll, nachdem die preußischen Truppen den Sieg von Königgrätz erfochten haben, finden am 3. Juli 1866 die Neuwahlen zum Landtage statt. Die Wahlen ergeben im Gegensatz zu der letzten Legislaturperiode, wie oben bereits erwähnt, eine bedeutsame

Veränderung im Parlament. Die Zahl der Konservativen steigt von 11 auf 110 Mandate, und die Behauptung ist wohl nicht zurückzuweisen, die da sagt, daß die Wahlen ein noch günstigeres Ergebnis für die Rechtspartei gegeben hätten, wenn der Sieg einige Stunden früher dem Volke kundgegeben worden wäre. Die Grundlagen für Preußens Politik sind jetzt gegeben. Nach außenhin der Sieg über Österreich, nach innen die Niederlage des dem preußischen Geiste entgegenstehenden Liberalismus. Der 3. Juli, der Wahltag der 9. Legislaturperiode, kann als der Geburtstag der freikonservativen Partei angesehen werden, denn an diesem Tage erhalten die Männer, die kurze Zeit darauf zur Gründung der Partei schritten, vom preußischen Volke ein Vertrauensvotum durch ihre Mandate. Sie treten zuerst als freikonservative Partei in Preußen und später im Reiche als Reichspartei auf.

§ 8. Die Zusammensetzung der freikonservativen Partei.

In die Reihe dieser Vereinigung treten Männer der konservativen Partei, die sich der Bismarckschen Politik anschließen. Zu ihnen gesellen sich die, welche aus der Partei der Altliberalen kommen. Während sich die konservative Partei nicht auflöst, sondern nur einige ihrer Mitglieder verliert, löst sich in dieser 1. Session der 9. Legislaturperiode die liberale Partei auf.

Von dieser Richtung, d. h. von dem gemäßigten Flügel kommen nur einige wenige zu der neuen Vereinigung der Freien Konservativen, der größte Teil von ihnen bildet die Partei der Nationalliberalen.

So fällt mit einem ganz geringen Zeitunterschiede die Gründung der freikonservativen Partei mit der der Nationalliberalen zusammen.

Beide Parteien wurden gegründet in dem Augenblicke, da Preußen sich anschickte, die Führerschaft in Deutschland unumstritten zu übernehmen.

Die Frage ob Absolutismus oder Konstitutionalismus beherrscht die führenden Geister. Ihr zur Seite gesellt sich die Frage des Föderalismus und des Unitarismus.

Hier ist man nicht gesonnen irgend etwas von dem alten Erprobten mitzunehmen, man will ein Neues, ein Großes schaffen, das dem nationalen deutschen Gedanken gerecht wird. Aus diesem Grunde soll der preußischen Machtpolitik ein Ende bereitet werden. In diesem Vorwärtsstreben verlieren die Liberalen die richtige Schätzung der Sachlage. Sie erschöpfen sich in unerfüllbaren Forderungen und sehen in der konservativen Partei die Gegner, die nur darauf bedacht sind, einen Staatsstreich zu Gunsten der Junkerherrschaft, der reaktionären Weltanschauung auszuführen und der aufkommenden revolutionären Hydra, die sie in dem vorwärtsdrängenden Liberalismus zu sehen glauben, den Kopf zu zertreten. Die Liberalen dagegen erklären ihre Politik dadurch, daß sie laut und eindringlich erklären: „Dieser Regierung keinen Pfennig!“

Abschnitt II.

Die Reichs- und freikonservative Partei.

§ 7. Die Gründung der freikonservativen Partei.

So stehen die führenden Parteien in sich selbst uneins da. Die ganze politische Lage zwingt daher zur Gründung einer Partei, die diesen beiden Richtungen vermittelnd gegenübersteht. Während in den österreichischen Landen aus ehernem Munde der preußischen Kanonen der Welt verkündet wird, daß nun endlich dem Dualismus der deutschen Staaten ein Ende bereitet werden soll, nachdem die preußischen Truppen den Sieg von Königgrätz erfochten haben, finden am 3. Juli 1866 die Neuwahlen zum Landtage statt. Die Wahlen ergeben im Gegensatz zu der letzten Legislaturperiode, wie oben bereits erwähnt. eine bedeutsame

Veränderung im Parlament. Die Zahl der Konservativen steigt von 11 auf 110 Mandate, und die Behauptung ist wohl nicht zurückzuweisen, die da sagt, daß die Wahlen ein noch günstigeres Ergebnis für die Rechtspartei gegeben hätten, wenn der Sieg einige Stunden früher dem Volke kundgegeben worden wäre. Die Grundlagen für Preußens Politik sind jetzt gegeben. Nach außenhin der Sieg über Österreich, nach innen die Niederlage des dem preußischen Geiste entgegenstehenden Liberalismus. Der 3. Juli, der Wahltag der 9. Legislaturperiode, kann als der Geburtstag der freikonservativen Partei angesehen werden, denn an diesem Tage erhalten die Männer, die kurze Zeit darauf zur Gründung der Partei schritten, vom preußischen Volke ein Vertrauensvotum durch ihre Mandate. Sie treten zuerst als freikonservative Partei in Preußen und später im Reiche als Reichspartei auf.

§ 8. Die Zusammensetzung der freikonservativen Partei.

In die Reihe dieser Vereinigung treten Männer der konservativen Partei, die sich der Bismarckschen Politik anschließen. Zu ihnen gesellen sich die, welche aus der Partei der Altliberalen kommen. Während sich die konservative Partei nicht auflöst, sondern nur einige ihrer Mitglieder verliert, löst sich in dieser 1. Session der 9. Legislaturperiode die liberale Partei auf.

Von dieser Richtung, d. h. von dem gemäßigten Flügel kommen nur einige wenige zu der neuen Vereinigung der Freien Konservativen, der größte Teil von ihnen bildet die Partei der Nationalliberalen.

So fällt mit einem ganz geringen Zeitunterschiede die Gründung der freikonservativen Partei mit der der Nationalliberalen zusammen.

Beide Parteien wurden gegründet in dem Augenblicke, da Preußen sich anschickte, die Führerschaft in Deutschland unumstritten zu übernehmen.

Die ersten Juliwochen des Jahres 1866 stehen unter dem Zeichen des Sieges von Königgrätz. Die Klärung auf dem militärischen Gebiete ist gegeben und ihr mußte die Politik Rechnung tragen. Die Ergebnisse der äußeren Politik aber mußten, ohne den liberalen Richtungen im Staate führenden Einfluß einzuräumen, doch zu einem gewissen Kompromiß führen. Die goldene Brücke mußte schnell erbaut werden, um die Früchte des Sieges dem Staate und dem Volke zukommen zu lassen.

§ 9. Die ersten Nachrichten über die Partei; ihr innerer Aufbau.

Über die Anfänge dieser parteipolitischen Veränderungen liegen Nachrichten nur spärlich vor. In der Literatur finden sich nur wenige Belege, da man sich von den Absichten der Männer, die von dem bisherigen Wege abwichen, nicht viel versprach und ihnen nur eine geringe Bedeutung beimaß.

Am 28. Juli 1866 findet sich in der Kreuzzeitung eine Einladung der Abgeordneten Graf Renard, von dem Knesebeck und Graf Bethusy zu einer Besprechung im Abgeordnetenhaus für Sonntag, den 29. Juli abends 6 Uhr. Diese Zusammenkunft soll die Geburtsstunde der Partei werden. Eine kleine Schar findet sich dort ein, es sind nach verschiedenen Angaben[1]) 14[2]) oder 17 Abgeordnete gewesen. Die Einladung soll an alle diejenigen Abgeordneten ergehen, die vor allem bei der gesetzlichen Regelung der Armeeorganisation und der bedingungslosen Bewilligung der Kriegsanleihen mit Hintenansetzung aller inneren Parteifragen mitzuwirken entschlossen seien, d. h. an alle diejenigen Abgeordneten, welche die neue persönliche Wendung der Bismarckschen Politik mitmachen

[1]) Parteigeschichte.
[2]) Wolfstieg. Festschrift für Delbrück.

wollten[1]). In dieser Sonntagszusammenkunft wird der neue Bismarcksche Kurs besprochen, und die Notwendigkeit der Unterstützung von Seiten der diesem Gedanken freundlich gegenüberstehenden Abgeordneten erkannt. An diesem Abend schreitet man jedoch noch nicht zur öffentlichen Gründung.

Am 8. August liest man in der „Post": „Die Fraktion Graf Bethusy-Huc hat sich noch nicht konstituiert und hielt gestern noch eine Versammlung ab". Am 9. August wird gemeldet: „Die neue Fraktion unter Führung der Abgeordneten Graf Bethusy-Huc, Graf Renard und Freiherr von dem Knesebeck-Karwe hat den Namen „Freie konservative Vereinigung" angenommen". Über das Zahlenverhältnis vermittelt die B. B. Z. (Berliner Börsen-Zeitung) am 10. August 66: „Die Zahl der freikonservativen Vereinigung stellt sich auf 15". Von vornherein haben sich die Männer, die die geistigen Führer jener kleinen Schar sind, als Leitmotiv den Satz gesetzt: „Das Vaterland über die Parteien".

Wie man in parlamentarischen Kreisen die Entwickelung der freikonservativen Partei ansieht, zeigt ein Artikel der „Post" vom 3. September, die damals noch nicht in den Besitz der freikonservativen Partei ist: „Wir glauben nicht zu irren, wenn wir den Sonnabend für entscheidend halten, nicht nur in Bezug auf die vollständige Wiederherstellung des inneren Friedens, sondern auch auf die Neubildung der Parteien im Lande . . . Aus den Trümmern der alten Partei wird eine neue konservative und eine neue liberale Partei hervorgehen. Der Gegensatz zwischen konservativ und liberal soll und wird sich nicht verwischen, aber beide Parteien werden sich auf den gemeinsamen Boden des Vaterlandes stellen, beide werden bestrebt

[1]) Wolfstieg. Festschrift für Delbrück.

sein, die Größe und Macht Preußens über das Sonderinteresse ihrer Partei zu stellen. So bereitet sich vielversprechend der Prozeß einer neuen Parteibildung vor, und wenn er auch langsam geht, so dürfen wir doch die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang desselben nicht sinken lassen."

Über die Stärke der jungen Partei findet man verschiedene Zahlen. Es beteiligen sich nach Wolfstieg („Festschrift für Delbrück") kurz nach ihrer Gründung 20 Mitglieder. Am 10. November zählt derselbe 17 Mitglieder, doch schwankt nach vielen Angaben die Zahl um die 20 herum. Plate zählt nach Akten des Abgeordnetenhauses 17 Mitglieder. Diese Zahl ist aber am 29. Juli noch nicht versammelt. Einzelne unter den aufgeführten Mitgliedern treten erst später hinzu. So meldet am 15. November die „Post": „Der Fraktion der freien konservativen Vereinigung des Abgeordnetenhauses sind neuerdings, wie dasselbe Blatt meldet, noch die Abgeordneten von Unruhe-Bomst., Graf Opperndorf, von Eicke beigetreten (N. A. Z.). Ein weiterer Beitritt anderer Mitglieder steht noch zu erwarten". Am 21. November wird gemeldet, daß der Abgeordnete von Kardorff und Hagemeister zu der freien konservativen Vereinigung übertreten. Der Austritt von Kardorffs und Hagemeisters aus dem engeren Kreise der konservativen Partei erfolgt anläßlich der strittigen Frage der Präsidentenwahl im Abgeordnetenhause. Auf der rechten Seite des Abgeordnetenhauses hat man sich nicht entschließen können, dem liberalen Forckenbeck die Stimme zu geben, Kardorff und Hagemeister begeben sich daher in die kleine Gruppe der freien konservativen Vereinigung.

Am 18. Dezember meldet die „Post", daß die Fraktion der freien konservativen Vereinigung die Mitgliederzahl von 17 Abgeordneten habe. Obwohl eine Trennung auch nach außen hin vorhanden ist, so fühlt

man sich auf Seiten der neuen Gruppe doch noch eins mit den Konservativen. Kleine Veränderungen folgen. So tritt der konservative Abgeordnete Holzapfel am 27. November zu der freien konservativen Vereinigung über. Es schieden u. a. aus: Hagemeister, von Achenbach[1]). Aus diesem Kommen und Gehen erklärt sich wohl auch die Unsicherheit in der Zahlenannahme der Mitglieder. Die späteren Verhandlungen im Abgeortnetenhause machten einen entschiedeneren Strich zwischen konservativ und freikonservativ, was hauptsächlich durch das oft verletzende Vorgehen des Abgeordneten Wagner, Neu-Stettin, gegen den Führer der jungen Partei, den Grafen Bethusy-Huc, verursacht wurde. In vielen Dingen ist eine Meinungsverschiedenheit vorhanden, und es mußte sich bald eine schärfere Scheidung herausbilden.

Daß über das neue Gebilde, über die kleine Partei, eine zwiefache Meinung herrschte, erkennt man aus dem Ausspruche des altbewährten Führers der Liberalen, Waldeck. Bei einer Unterredung mit einem Mitgliede der fortschrittlichen Partei, erwidert Waldeck diesem auf eine verächtliche Bemerkung über die Stärke der Freikonservativen: „Lieber Freund! Von der Entwickelung dieser Partei hängt die Entwickelung des konstitutionellen Lebens in Preußen ab." Mit seinem feinen politischen Gefühle hat der liberale Führer die wahre Sachlage erkannt.

All die Männer der Partei haben sich zusammengefunden, um der Bismarckschen Politik zu folgen, die unter hohenzollernscher Führung in Preußen den konstitutionellen Staat, angepaßt der bestehenden Verfassung, und später im Reiche den einheitlichen nationalen Gedanken unter der Führung Preußens erstrebte.

Daß das Wirken der Partei nicht ganz unbekannt

[1]) Hagemeister wird Oberpräsident, Achenbach preußischer Minister.

geblieben ist, beweist das Wachsen der Zahlen der Mandate: In der 1. Session der 9. Legislaturperiode ist die Zahl der Abgeordneten der freien konservativen Vereinigung und der späteren freikonservativen Partei schwankend, sie erhebt sich nie über 20. Bei der 10. Legislaturperiode tritt die freikonservative Partei mit 52 Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten ein.

Mitte Februar 1867 geht man zuerst in den Kreisen der Konservativen daran, Fraktionsbildungen vorzunehmen, So berichtet am 25. Februar die „Post": Die Kreuzzeitung hat vor einigen Tagen eine Einladung zu einer Gruppenbildung konservativer Abgeordneter ergehen lassen. Unterzeichnete dieses Aufrufes gehören der äußersten Rechten des Abgeordnetenhauses, die anderen der Fraktion Bethusy-Huc unter Beitritt des Herzogs von Ratibor und von Ujest an, welche im Herrenhause eine vermittelnde Stellung inne haben. Am Sonnabend, den 6. Februar abends, fand, wie die N. A. Z. meldet, im Hotel de Rome eine Versammlung solcher zur konservativen Partei zählenden Mitglieder des Reichstages des norddeutschen Bundes statt, welche sich zu der Richtung der freien konservativen Vereinigung bekennen. Man ist der Ansicht, daß es im Interesse des gemeinsamen Wirkens zwischen der konservativen Partei und der altliberalen und nationalen Partei geboten sei, eine Mittelpartei zu bilden, und es steht aus diesem Grunde die definitive Bildung einer Fraktion, wie im Abgeordnetenhause bevor. Wohl haben diese Männer die Notwendigkeit einer guten Vorarbeit für die wichtigen Aufgaben, die in dem norddeutschen Reichstage zu lösen sind, erkannt, und sie sind es auch, die als erste Fraktion sich gebildet haben. Am 1. März wird berichtet: Vorgestern Abend hat sich im Reichstage die erste Fraktion definitiv gebildet.

Infolge der Einladung der Herren Herzog v. Ratibor, Herzog v. Ujest, Graf Bethusy-Huc, Graf Johannes Renard

haben sich eine Anzahl Abgeordnete, welche der freien konservativen Richtung angehören, vor Eröffnung des Reichstages zu einer Vorbesprechung eingefunden, welche, wie wir hören, zu dem Resultate geführt hat, daß gestern in der Versammlung sich etwa 30 Abgeordnete unter den Namen „Freikonservative Vereinigung" zu einer Fraktion definitiv bildeten. Zu ihren Vorsitzenden wählte die Fraktion die Herren: Herzog v. Ujest, Landrat Seul, Amtsrat Dietze, zum Schriftführer den Geheimen Kommerzienrat Stumm, und zu dessen Stellvertreter den Grafen Fred Frankenberg. Am kommenden Tage hatte man beschlossen, bei der Wahl des Präsidenten dem Herzog v. Ujest die Stimme zu geben, um so zu zeigen, daß man eine gewisse Selbständigkeit wahren wolle. Man durfte damals erwarten, daß auf diese Weise ein Zusammenarbeiten der national gerichteten Parteien in Bezug auf die Verfassungsfrage zu ermöglichen sei und somit der Regierung eine Majorität gesichert wäre.

Schnell wächst die Fraktion, denn bereits am 4. März setzt man die Stärke der Fraktion auf 40 an. Am 8. März findet man in der „Post" die Notiz: Definitiv konstituiert haben sich jetzt nach der historischen Reihenfolge ihres Entstehens betrachtet nur die freie konservative Vereinigung, die konservative und die nationalliberale Fraktion. Die freie konservative Vereinigung bildet, wie es scheint, einen Übergang von der streng konservativen, der feudalen Partei, zu der gemäßigt liberalen und kann, obwohl anscheinend immer noch mehr nach links als nach rechts neigend, einigermaßen als rechtes Zentrum angesehen werden. Mitte März treten mehrere Abgeordnete zur Partei hinzu[1]).

Somit zählt nun die Fraktion 38 Mitglieder[2]).

[1]) Freiherr v. d. Knesebeck, Puricelli und Thissen.

[2]) In den folgenden Monaten traten noch hinzu: Brenken, Frantz, (Worbis), Gitzler, Holzer, Schröder. Im Winter 1867 belief sich die

Aus den Wahlen zur 1. Legislaturperiode des norddeutschen Reichstages am 31. August 1867 gehen jedoch nur 34 Abgeordnete hervor, die sich zur freien konservativen Vereinigung bekennen[1]). Viele dieser Namen sind auch im Abgeordnetenhause vertreten, doch finden sich unter ihnen keine, die in irgend einer Weise mit einer Schuld des Konfliktes von 1866 beladen sind. Das unbedingte Eintreten für die Armeeorganisation und für die Kriegsanleihen unter vollkommener Hintenansetzung jeglicher egoistischer Parteiinteressen geben ihr einen guten Eingang in dem neuen Hause und ein gutes Ansehen bei dem deutschen Volke.

Zahl auf 40. Der Graf Bassewitz und Zehnem (Sachsen) schieden jedoch bald aus der Fraktion aus, da sie mit ihrer rein partikularistischen Anschauung sich in dieser Partei als ungeeignet und nicht am Platze fühlten, beide traten in das konservative Lager über. So hatte die neue Fraktion eine stattliche Zahl, und wenn sie auch die konservative Fraktion nicht erreichte, hatte sie doch einen bedeutenden Einfluß auf den Gang der politischen Geschäfte.

[1]) Der Vorstand setzt sich zusammen aus: Herzog v. Ujest, Fürst zu Solms-Lich, Stumm, Graf Fred Frankenberg. Mitglieder sind: Aegidi v. Armin-Kröchlendorf, Graf Bethusy-Huc, Blum (Köln), Bochholtz, v. Brenken, v. Bülow, Dewentz, v. Einsiedel, Frantz, Gitzler, Günther, (Dtsch. Krone), Freiherr v. Hage, v. Hagemeister, Graf Hompesch, Künzer, Oppersdorf, Fürst Pless, Pohlmann, Herzog v. Ratibor, Graf Renard, v. Salza, v. Savigny, Tobias v. Unruhe-Bomst, Graf v. Zehmen (in den Reichstagsakten); bei Hirts Almanach fehlt Graf Bochholtz. Im Jahre 1868 verstärkte sich die Partei um 6 Mitglieder, als sich die Altliberale Fraktion auflöst. Es waren dies die Abgeordneten: v. Dörnberg, v. Eckardstein, Friedenthal, Kayser, v. Schwartzkoppen und Graf Solms Laubach. Es fielen fort Aegidi und Fürst Solms-Lich. Der Abgeordnete v. Kardorff trat erst im Jahre 1868 am 22. August für den Abgeordneten v. Eicke als Vertreter des Wahlkreises Ohlau-Nimsch, Strehlen in den Reichstag ein.

Seite 16. Pierson Seite 416.

Die weiteren Stärkeverhältnisse der Reichspartei im deutschen Reichstage werden im Zusammenhange mit dem des preußischen Abgeordnetenhauses später noch ausführlicher dargelegt.

§ 10. **Der Name und die Benennungen der Partei.**

Die freikonservative und Reichspartei ist nicht gleich mit diesem Namen gegründet worden. Die erste offizielle Bezeichnung im Abgeordnetenhause wie im norddeutschen Reichstage ist: „Freikonservative Vereinigung". So lauten die ersten amtlichen Nachrichten. Doch bevor man diesen Namen im norddeutschen Reichstage annimmt, ist man sich über die Wahl der Benennung unschlüssig. Als National-Konservative, oder, wie sie sich bald nennen, Freikonservative, bezeichnen sich zunächt die Männer; die sich unter der Führung des Herzogs v. Ratibor und anderer schlesischer Magnaten von den Altkonservativen getrennt haben und die politischen Fragen mehr von einem staatsmännischen als von dem junkerlichen Standpunkte der Kreuzzeitung ansahen. (Herzog v. Ujest, Fürst Pless, Graf Renard usw.)

Nur kurze Zeit hält man den Namen freikonservative Vereinigung bei, denn diese Bezeichnung sollte nur die Vereinigung einiger Abgeordneter in einer größeren Partei bedeuten. Als man aber entgültig zur Selbständigkeit schreitet, entsteht im Reichstag die Bezeichnung Reichspartei. Beide Namen hat die Partei bis zur Umwälzung beibehalten.

Spottend hat man der Partei noch manchen anderen Beinamen gegeben. Hier seien erwähnt: „Bismarck-Partei sans phrase", „Botschafter-Partei", „National-Konservative" und „Die Partei der Offiziere ohne Soldaten".

Wie aus allen diesen Tatsachen ersichtlich ist, war man stets darauf bedacht, Bismarck in seiner Politik, die die junge Gruppe als richtig erkannt hat, zu unterstützen, und dem ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die Freikonservativen bald den Beinamen: Die Partei Bismarck sans phrase erhält. Daß Bismarck dagegen der Partei nie den Dank gezollt hat, den diese verdiente.

— er hat auch in späteren Jahren immer wieder betont, wie schmerzlich ihm die Spaltung der konservativen Partei war —, steht auf einem anderen Blatte. Die Spaltung war im Grunde doch nur wegen der Bismarckschen Politik vor sich gegangen. Die Bezeichnung „Botschafter-Partei" hat ihren Ursprung in der Tatsache, daß aus den Reihen der freikonservativen und Reichspartei viele Mitglieder in den diplomatischen Dienst eintraten. Es sei aber erwähnt, daß dies nur in den 70, 80 und 90iger Jahren der Fall gewesen ist. Oft ist es der Partei zum Vorwurf gemacht worden, daß in ihren Reihen überwiegend genug Männer der Regierung, der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes, des Beamtenstandes und der alten Generäle waren[1]).

„Die Regierung hat im Reichstag selbst gewissermaßen ein Unterhaus und ein Oberhaus. Zu den letzteren gehört die sogenannte freikonservative Partei mit allen ihren Schattierungen und verschiedenen Dominationen, wo sich die Fürsten und Grafen und Barone und höheren Staatsdiener vereinigen, welche ihrer ganzen Gesinnung nach absolut mit den Nationalliberalen identisch sind und nur einen etwas vornehmeren konservativen Schein bewahren, der ihnen insofern nützlich ist, als sie dadurch zu all denen in höheren und höchsten Kreisen Zutritt haben und ihre Anklagen an den rechten Mann bringen können, das ist der glatte Liberalismus, der hoffähig geworden ist und dem alten christlichen konservativen Preußen mehr geschadet, als der plebejische Liberalismus." Gefärbt ist dieses Urteil des katholischen Bischofs Freiherrn von Ketteler durch den damals gerade einsetzenden Kulturkampf, der die Freikonservativen, wie auch noch

[1]) Daß diese Stände in dieser Partei vertreten waren, ist damit zu erklären, daß die Partei eine ausgleichende Tätigkeit ausüben wollte, vor allen Dingen aber den von Bismarck gewählten Kurs der Regierung zu unterstützen beabsichtigte.

später besprochen werden wird, auf Seiten der Nationalliberalen fand. Richtig ist wohl die Anschauung, daß die freikonservative Partei den konservativen Gedanken hochhält, aber durchzogen von dem Streben nach einem gesunden Fortschritt; gleichwie die Nationalliberalen die gemäßigten Liberalen genannt werden, so kann man der Partei der Freikonservativen wohl auch den Namen geben „Fortschrittliche Konservative". Im Anfang der Entwickelung der Partei war auch die Meinung laut geworden, daß der Name „Nationalkonservative" zutreffend sei. Angeführt sei hier noch das Urteil Rehms[1]): „Die Freikonservativen sind also vorwiegend konservativ, geneigt, dem Bestehenden im Gegensatz zu unerprobten und nicht auf älteres zurückgreifende Neuschöpfungen den Vorzug zu geben, wie Adolf Merkel den Konservatismus umschreibt: aber sie sind auch frei".

Dies ist im Gegensatz zu dem Urteil des verärgerten Klerikalen durchaus zutreffend, denn schon ein Blick auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der freikonservativen Partei würde das Urteil Kettelers sofort zu Fall bringen.

§ 11. Die Stärke der Partei während der verschiedenen Legislaturperioden in Preußen und im Reich.

Die freikonservative bzw. Reichspartei zeigt eine große Verschiedenheit in der Verteilung der Mandate auf den Staat und auf das Reich in den einzelnen Legislaturperioden.

Die freikonservative Partei steigt schnell auf die Mandatzahl 61 in der 10. Legislaturperiode von jener kleinen Schar von 17 Abgeordneten und hat sich zumeist auf der gleichen Höhe der Mandate gehalten.

[1]) Rehm: Die politischen Parteien Deutschlands.

Betrachtet man die Vertretung der freikonservativen Partei in den einzelnen Provinzen, so ergibt sich folgende Zusammenstellung:

1. Die Provinzen Ostpreußen, Pommern, Hessen sind diejenigen, welche eine gewisse Gleichförmigkeit in der Wählerzahl aufweisen. In diesen Provinzen hat die Partei ihre festen Sitze; die politische Richtung der Bevölkerung ist auf eine bestimmte Partei festgelegt, so daß Mandatsverschiebungen eine Seltenheit bedeuten. Die Mandatszahl der Partei erhebt sich nicht über 5 hinaus. In manchen Legislaturperioden findet sich für die Rechtsmittelpartei gar kein Abgeordneter, so in Hessen, in Westfalen in der 10., 12. und 13. und in Hessen in der 13. Legislaturperiode.

2. Die Provinzen Westpreußen, Brandenburg, Posen, Sachsen weisen eine stärkere Zahl von Vertretern auf. In Westpreußen findet sich in den ersten Legislaturperioden mit Ausnahme der 10. (67—70) bis 15. Legislaturperiode kein Abgeordneter, dann aber setzt eine Stetigkeit ein, die ihre Höchstzahl mit 10 Mandaten erreicht. In Brandenburg baut sich der Gedanke für die Partei in gleichförmiger, langsam ansteigender Stärke auf. Die gleiche Beobachtung gilt für Posen. In beiden Provinzen gibt das stark vertretene Beamtentum, die mittelgroßen Landbesitze und in Posen besonders der Kampf gegen den polnischen Gedanken der Partei die Stetigkeit. Für die Provinz Sachsen gilt das gleiche, wie für die Provinz Brandenburg. Die kleinen Güter und der kleine Mittelstand sind der fruchtbarste Boden für die Freikonservativen.

3. Folgende Provinzen haben große Schwankungen in den Mandatszahlen. Zuerst sei hier die Rheinprovinz besprochen, die zunächst jene große Mandatszahl von 20 Mitgliedern aufweist. Schnell

jedoch nimmt die Zahl wieder ab und vermindert sich von Jahrzehnt zu Jahrzhent bis auf ein Mandat. Die Rheinprovinz, die anfangs durch ihre Vertreter der Partei das Gepräge der schwerindustriellen Richtung gab, muß von der Partei nach und nach dem Zentrum überlassen werden. Die aufkommende christlich soziale Richtung hat der freikonservativen Partei viele Anhänger entzogen.

Die Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein weisen gerade das entgegengesetzte Bild auf. In den ersten Legislaturperioden keine oder nur geringe Anzahl von Mandaten. In den achziger und neunziger Jahren tritt hier bereits eine Stetigkeit auf, die dann im neuen Jahrhundert anwächst und besonders in Hannover in den letzten Legislaturperioden eine stattliche Stärke erreicht. Der freikonservativen Partei ist es in diesen beiden politisch so gefährlichen Provinzen gelungen, den preußischen Gedanken durchzusetzen. Daß in gewissen Wahlkreisen, wo Dänen und Welfen unumstrittene Erbrechte besitzen, kein Ersatz verzeichnet werden kann, ist leicht erklärlich und verständlich. Beide Provinzen sind geeignet, der Partei, welche zwischen dem ausgesprochenen konservativen und dem nationalliberalen Gedanken steht, zur Stärke zu verhelfen. Auf diese Weise wird hier ein Ausgleich für die sich abschwächenden Provinzen erreicht. Die Provinz Schlesien, das eigentliche Stammland der freikonservativen Partei, hat gleich wie die Rheinprovinz zu Beginn eine ansehnliche Stärke: es sind während der 9. Legislaturperiode bereits — von 17 Abgeordneten überhaupt — 10 aus Schlesien entsandt worden. Die 10. Legislaturperiode weist sogar 21 Abgeordnete auf. Es erhält sich die Partei dortselbst in einigen Land- und Stadtkreisen einen Stamm von Wählern. Schlesien ist mit 21 Vertretern in der 10. Legislaturperiode am stärksten vertreten gewesen. Aus dieser Provinz werden

als Vertreter der Partei entsandt: Graf Bethusy-Huc, von Kardorff, von Zedlitz, Graf Fred Frankenberg.

Die freikonservative Partei weist meist 60 Mandate auf. In der 13. Legislaturperiode ist ihre Zahl auf 35 herabgesunken, denn der schutzzöllnerische Gedanke hat sich hier noch nicht durchgesetzt. Als aber von der Partei der Beweis der Richtigkeit ihrer Politik gebracht wird, nimmt sie wieder ihre alte Stärke an. In der 17. Legislaturperiode hat die Partei die Höchstzahl ihrer Mandate erreicht, nämlich 67. Im Weltkriege zählt sie 59 Vertreter; Schlesien ist nicht nur die geistige, sondern auch die zahlenmäßige Führerin des freikonservativen Gedankens. Westfalen steht mit 15 Mitgliedern in Summa für all die Legislaturperioden an letzter Stelle.

Die führenden Porsönlichkeiten der Freikonservativen im Abgeordnetenhause sind nahezu die gleichen wie im Reichstage bei der Reichspartei, allein mit dem Unterschiede, daß sie in dem Abgeordnetenhause in den verschiedenen Legislaturperioden fortlaufend wiederkehren. Führer der freikonservativen Partei im Reichstage ist bis zum Jahre 1880 der Graf Bethusy-Huc, an seine Stelle tritt Wilhelm v. Kardorff, der bis zum Jahre 1906 die Führerschaft übernimmt, um sie dann dem Freiherrn v. Zedlitz zu übertragen, der sie bis zum Jahre 1918 innehat.

Das Reichstagswahlrecht von 1867, entgegen dem preußischen Dreiklassenwahlsystem, mußte es mit sich bringen, daß die Stärke der Partei im Reichstage weit hinter der des Abgeordnetenhauses zurücksteht. Außerdem muß dabei noch in Betracht gezogen werden, daß die Mandate der Reichspartei sich auf das gesamte Reich beziehen, einige Legislaturperioden, z. B. von der 9. 13. können den preußischen Wahlen parallel betrachtet werden, da in diesen Legislaturperioden die nicht preußischen Bundesstaaten für die Reichspartei

garnicht in Frage kommen. So schöpft die Partei ihre Kraft hauptsächlich aus dem preußischen Gebiete, wenn in der 1.—7. Legislaturperiode[1]) ein starker Zuwachs aus Württemberg zu verzeichnen ist; Sachsen, das in der 2.—7. Legislaturperiode eine Anzahl von Vertretern der Reichspartei in den Reichstag entsandte, fällt nun fast ganz in die Hände der Sozialdemokratie.

Bayern verliert von den drei Plätzen, die es zuletzt in der 4., bezw. 5. Legislaturperiode besitzt, 2 an das Zentrum, 1 an die Liberalen, um somit für immer der Reichspartei verschlossen zu sein.

In den letzten Legislaturperioden findet man nur in Preußen Vertreter, und hier ist es, wie auch im Abgeordnetenhause, die Provinz Schlesien, die als Stammland der Reichspartei angesehen werden muß. Auch Westpreußen weist Stetigkeiten auf; hier ist die letzthöchste Mandatzahl in der 13. Legislaturperiode mit 5 Mandaten zu finden. Die Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein, die für die Freikonservativen in den letzten Wahlgängen die Festen bildeten, kommen für die Reichspartei bei dem allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrecht nicht in Frage; nur spärlich sind hier die Vertreter. Welfen und Dänen erobern in den Mittelstädten und auf dem platten Lande, der Liberalismus und die Sozialdemokratie in den Städten die Mandate. Die Rheinprovinz läßt die Stärke der Freikonservativen der siebziger und achtziger Jahre später ganz für die Reichspartei vermissen. Die Provinzen Sachsen und Brandenburg weisen bis in die 13. Legislaturperiode noch Mandate auf.

[1]) Württemberg 31. Wahlkr. 1. L. P. 3 Mand., 2. L. P. 4 Mand., 3. L. P. 8 Mand., 4. L. P. 9 Mand., 5. L. P. 5 Mand., 6. L. P. 4 Mand., 7. L. P. 4 Mand., 8. L. P. 1 Mand., 9. L. P. 1 Mand.; Sachsen: 2. L. P. 5 Mand., 3 L. P. 3 Mand., 4. L. P. 6 Mand., 5. L. P. 3 Mand., 6. L. P. 3 Mand., 7. L. P. 3 Mand., 8. L. P. 3 Mand., 9. L. P. 1 Mand., 12. L. P. 1 Mand.; Bayern: 3. L. P. 2 Mand., 4. L. P. 3 Mand., 5. L. P. 1 Mand.

Die 13. Legislaturperiode 1912 verzeichnet noch 12 Abgeordnete. Diese letzte L. P. bedeutet den Tiefstand der Mandatszahl, die sich im Jahre 1878 mit der 4. L. P. bis zu 56 Abgeordneten emporgehoben hatte[1]).

Während bei der preußischen Dreiklassenwahl die freikonservative Partei als Kompromißpartei mehr in den Vordergrund tritt, fällt diese Bedeutung bei der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahl fort. Stadt und Land bilden hier einen größeren Unterschied und sondieren mehr als in den öffentlichen Klassenwahlen die Wählerschaft. Die Partei ist eine Partei des Mittelstandes, sie besitzt keine Anhängerschaft in der breiten Wählermasse, die bei der Reichstagswahl das Gros bilden. Hinzu kommen noch die Tatsachen, daß zum Reichstage die Stimmenzahl der Welfen, Dänen und Polen und die der Sozialdemokratie infolge der geheimen Wahl besonders anschwellen und zugleich das Hauptgewicht auf die dritte Klasse der preußischen Wahlberechtigten, die hier als gleichwertig mit der 1. und 2. Klasse auftreten. gelegt ist.

Führende Abgeordnete der Partei sind: Dietze, v. Varnbüler, Gamp, Stumm, Merlin, v. Dierksen, v. Liebert, v. Kardorff, Freih. v. Zedlitz, Graf Bethusy, Herzog v. Ratibor und Prinz Carl zu Hohenlohe.

§ 12. **Presse- und Propagandaarbeit der Partei.**

Tritt eine neue Partei in die parlamentarische Arena, dann entsteht das Bedürfnis zugleich eine bereits bestehende oder neuzubegründende Zeitung als offizielles Parteiorgan festzustellen. Viele der politischen Parteien verfügen sogar über mehrere Tageszeitungen, um auf diese Weise auf die Wählerschaft Einfluß zu gewinnen und sie über Ziele und Zwecke der Partei genau zu informieren.

[1]) Rehm verzeichnet in der 13. L. P. nur 11 Abgeordnete, Wahlatlas u. Kalkoff gibt in seiner Zusammenstellung sogar nur 9 Abgeordnete an, was aber durch die Signatur in der Karte wieder aufgehoben wird.

Wenn die freikonservative Partei, als sie sich im Jahre 1866 bildet, diese Punkte außer Acht läßt, liegt es daran, daß man anfangs keine Fraktionsbildung, sondern nur eine Vereinigung einiger Abgeordneter aus einer anderen Partei beabsichtigt. Schneller als gedacht ist die freikonservative Partei zu einer einflußreichen Partei geworden, ohne jedoch mit dem Handwerkzeug ausgestattet zu sein, dessen sie bedurft hätte. In den ersten Jahren ihres Bestehens bringt die freikonservative oder Reichspartei ihre Nachrichten in den verschiedensten Organen. Einige der Abgeordneten bedienen sich der Kreuzzeitung, andere der Berliner Neuesten Nachrichten, der National-Zeitung, und oft wird bereits die „Post" herangezogen.

Die rheinischen Zeitungen werden in den Legislaturperioden der siebziger Jahre von der Partei viel mit Material versehen. Mit der Abschwächung der Partei in diesen Provinzen geht der Einfluß auf die Presse dortselbst zurück. In Schlesien bedient sich die Partei der rechtsstehenden Organe.

Die Zeitung „Die Post", die vom Jahre 1874 in den Besitz einiger Großindustrieller, die der freikonservativen Partei angehören, übergeht, hat bereits seit dem Jahre 66, in dem Dr. Strouthberg die Zeitung erwarb, enge Fühlung mit der Partei genommen.

Neben diesen erwähnten Tageszeitungen bedienten sich die Abgeordneten viel und gern der Monats- und Wochenschriften. Es seien hier erwähnt: Die preußischen Jahrbücher. Der Tag, Verlag Scherl, die süddeutschen Monatshefte und vor allen Dingen „Das neue Deutschland", herausgegeben von Grabowsky, das für einige Jahre bis 1914 als parteioffiziös angesehen werden kann. Die Abgeordneten Bethusy, v. Gamp, v. Kardorff, Stumm, Ahrend, v. Zedlitz und v. Dewitz sind diejenigen, die sich auf dem Gebiete der Bearbeitung der Parteipresse besonders betätigen.

Oft, und zwar mit Recht, wird der Partei der Vorwurf gemacht, auf diesem Gebiete ein wichtiges Hilfsmittel der einheitlichen Beeinflussung der Wählerschaft unbenutzt gelassen zu haben. Der Grund hierzu liegt in der Trennung der einzelnen Wahlkreise der Partei. Die kleinen Provinzblätter besitzen nicht die Mittel und nicht den Leserkreis, sich ausschließlich in den Dienst dieser Partei zu stellen, und wenn die Partei auch bemüht war, durch eigene Mittel hier zu wirken, so konnte doch kein positiver Erfolg erzielt werden. In den letzten Jahren wird von der Geschäftsführung der Partei (von Dewitz) der Versuch unternommen, mit mehr als 100 Tageszeitungen in Verbindung zu treten, um sie mit Mitteln zu unterstützen und für die Partei zu gewinnen. Der ausbrechende Weltkrieg aber machte dieser Bestrebung infolge der verminderten Leserzahl ein Ende.

Es ist verwunderlich, daß trotz allem die freikonservative Partei dennoch eine so große Stärke gehabt hat. Der Erfolg ist nicht der Propaganda oder der Pressetätigkeit zuzuschreiben, sondern allein dem Umstande, daß die Kandidaten der Partei alte bewährte Parlamentarier, führende Männer auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Industrie, der Verwaltung und des Mittelstandes sind. Daher kann man mehr von einer Personalpartei reden.

Der Partei fehlt die einheitliche Leitung; die geistige Leitung der Partei geht von Schlesien aus, auch in der Provinz Sachsen, mit dem Sitz in Halle, finden wir eine stärker ausgebaute Organisation.

In diesen Provinzen bestehen freikonservative Wahlvereine. Mit dieser Organisation gibt es zugleich in jenen Provinzen freikonservative Korrespondenten. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts wird in Berlin eine Zentralstelle geschaffen. Es bedarf dieses Mittelpunktes, da in Berlin Landtag und Reichstag ihren Sitz haben.

Bei der Bearbeitung der Wählerschaft vor den Wahlen geht man nicht von einem einheitlichen Punkte aus, sondern es ist den einzelnen Abgeordneten überlassen, nach ihren Informationen, die sie in der Besprechung erhalten haben, die Vorbereitung für die Wahlen, die Bearbeitung der Kreise zu treffen. Hierunter hat die Einheitlichkeit gelitten, und sicher wäre für die Partei ein noch größerer Erfolg in Preußen und im Reiche erzielt worden, wenn die Organisation von einem Zentralpunkte ausgegangen wäre. Wohl war der Freiherr von Zedlitz in den letzten Jahrzehnten bemüht, ein System in die Propaganda hineinzubringen, doch ist es ihm nicht gelungen.

Die Partei hat oft betont und war stolz darauf, daß sie keine Programme für die Bearbeitung der Wählerschaft brauche; doch ist das zu bedauern, denn gerade die freikonservative und Reichspartei hätte viel mehr Einfluß auf die Regierung gewinnen müssen. Dies wäre möglich gewesen durch ein Anwachsen der Partei[1]).

§ 13. **Programme und Parteitage.**

Die erste programmatische Kundgebung stammt vom Jahre 1867; sie legt ausführlich die Aufgaben der Partei dar und erklärt sie für die Partei des Kanzlers, die bereit ist, diesen in jeglicher Weise zu unterstützen. Das Jahr 1870 brachte eine kleine Übersicht über die Parteiarbeit von einem Anonymus. Das Jahr 1876 bringt eine Kundgebung der Freikonservativen als Reichspartei[2]). Dieses Programm berichtet von der getanen Arbeit der Partei und weist auf die neuen Aufgaben hin. Handel, Landwirtschaft, Industrie werden auf die gleiche Stufe gestellt und die Notwendigkeit ihrer Förderung betont. Jegliches Klasseninteresse

[1]) Salomon: Parteigeschichte, S. 9—11.
[2]) Parisius, O. 113.

wird von der Partei abgelehnt und das Eintreten besonders für den bedrückten Mittelstand hervorgehoben. Die Stellung zur Monarchie, zum Staate, zur Kirche ist stets dieselbe geblieben.

Die Parteitage der freikonservativen oder Reichspartei erhalten erst in späterer Zeit ein gewisses Schema und Bedeutung: es seien hier erwähnt aus ihrer Zahl: Breslau am 18. Oktober 1906, auf dem besonders die Abgeordneten von Kardorff, von Zedlitz, Ahrend, Wagner, Gamp und Rzesnitzek durch Darlegung des freikonservativen Programms sich betätigen. Zur Feier des 40 jährigen Bestehens der Partei finden sich die Vertreter in Berlin am 11. November 1907 zusammen. Auch hier stehen Kardorff und Zedlitz im Vordergrund neben dem Herzog von Trachenberg und dem Fürsten von Hatzberg. 1910 riefen die Parteien eine Tagung nach Elberfeld zusammen. Eine große Tagung fand am 16. Oktober 1912 im Wuppertal statt. Auf beiden letztgenannten Vereinigungen fehlt der inzwischen verstorbene Kardorff. Im Vordergrund steht der neue Führer von Zedlitz.

Die Gedanken, die auf all diesen Tagungen ausgeführt werden, tragen stets das Leitwort: Das Vaterland über die Parteien.

Anläßlich dieser Tagungen tritt die Stellung der Partei zum Wahlsystem hervor. In den ersten Jahrzehnten ist die Partei in ihrer Gesamtheit unbedingte Verfechterin des preußischen Dreiklassenwahlrechtes, wenngleich sie Bismarck bei der Durchbringung des Reichstagswahlrechtes behilflich gewesen ist.

1906 führt der Freiherr von Zedlitz auf dem Parteitag in Breslau aus: „Einen Ausgleich des Reichstagswahlrechts zu erleichtern, würden wir vielleicht in der Lage sein, indem wir in Preußen das Wahlrecht auf eine breitere Basis stellen und so verhindern, daß das Reichstagswahlrecht ein Kampfmittel sein wird, das

Reich unter die Herrschaft des Proletariertums zu beugen. Deshalb muß unser preußisches Wahlrecht für jetzt erhalten bleiben.“ 1910 in Elberfeld ersieht man aus seinen Ausführungen, daß man einer Wahlreform in Preußen nicht abgeneigt sei. Die geheime Wahl wird jetzt für die Partei bereits annehmbar, doch man steht einer schroffen Wahländerung, wie es eine Änderung in das Reichstagswahlrecht bedeuten würde, ablehnend gegenüber. Der königliche Erlaß — Osterbotschaft 1917 — während des Weltkrieges brachte die Notwendigkeit einer schleunigen Wahlrechtsreform; diese Wahlrechtsreformfrage spaltete kurz vor dem Ende des alten Staates die Partei: die eine Seite verfocht das preußische Wahlrecht mit zeitgemäßen Änderungen, die andere Seite war zu jeglicher Änderung des Wahlrechtes, der Not der Zeit folgend, bereit.

Es sei hier eine Darlegung des Freiherrn von Zedlitz vom Jahre 1907 angeführt, die in kurzer und treffender Form die Gedanken der Partei charakterisiert: „Eine Partei, welche zu allen Zeiten es für ihre Aufgabe erachtet hat, da, wo im Staatsleben, im sozialen Leben, die Stützen anfangen morsch zu werden, sie zu beseitigen, bevor sie niederbrechen und durch neue Elemente zu ersetzen, welche auch niemals davor zurückgeschreckt ist, wenn das Haus, in dem wir wohnen, das staatliche Haus, der Entwickelung des Lebens zu eng wurde, einen Neubau aufzuführen, eine Partei, die rückwärts geblickt hat auf die wirtschaftliche Entwickelung, auf das, was geworden ist, in unseren Landen, um den Blick nach vorwärts wenden zu können zum Heil und zum Segen des Vaterlandes, eine Partei, die stets darauf bedacht war, der Freiheit die nötige Bahn zu öffnen, aber ihrem Mißbrauch zu steuern im Interesse staatlicher Ordnung und staatlicher Sicherheit, eine Partei, die stets streng monarchisch gewesen ist, dabei aber der Verfassung und

den Freiheiten unseres Volkes ihr volles Recht hat angedeihen lassen, eine Partei, die wie keine andere geeignet gewesen ist, Elemente von rechts und links zu sammeln zu gemeinsamer positiver Arbeit im Dienste des Vaterlandes, weil sie dieses stets über ihre eigenen Angelegenheiten gestellt hat . . . Eine solche Partei wird in einer an Aufgaben reichen Zeit, wie der unsrigen, nicht nur von Nutzen, sondern auch ein Binde- und Mittelglied sein in der Reihe der Parteikonstellationen, die leider in so reichem Maße unser politisches Leben beherrschen."

Abschnitt III.

Stellung zu den anderen Parteien.

§ 14. Die Stellung zur konservativen Partei.

Die freikonservative Partei hat in den Wahlkämpfen, wo sie keine eigene Organisation besaß, Fühlung mit der konservativen Partei gehabt. Dies Verhältnis war durch Ähnlichkeit ihrer Ziele gegeben. Auf diese Weise hat die konservative Partei viele Wahlkreise den Händen der Linksstehenden entzogen, indem sie die Person eines freikonservativen Führers in den Vordergrund stellte. Es ist erklärlich, daß die freikonservative Partei als Wahlparole die Wahl des konservativen Abgeordneten empfahl, in Ermangelung eines solchen, die des national-liberalen. Stets hat sie sich in der Opposition der Sozialdemokratie und auch dem Zentrum gegenüber befunden. In allem hat die Partei den Anhängern möglichst freie Betätigung gelassen.

Die freikonservative Partei hat, wie sie auch ursprünglich als eine Vereinigung von Abgeordneten des konservativen und rechten Flügels der Altliberalen galt, bald eine entscheidende Stelle in den Parlamenten eingenommen.

Sofort bei ihrer Gründung hat sie den Platz einer Mittelpartei erworben und diesen auch später im Reichstage als Reichspartei eingenommen. Die freikonservative Partei oder Reichspartei ist bei einem großen Teile der politisch wichtigsten Fragen bei der Entscheidung das Zünglein an der Wage gewesen. Besonders im Abgeordnetenhause, wo die freikonservative Partei eine ansehnliche Stärke aufweist, gibt sie oft die Entscheidung ab. Die beiden Parteien, zwischen denen sie steht, sind in vielen Fragen so weit voneinander entfernt, daß dadurch die Bedeutung des Bindegliedes besonders in den Vordergrund tritt. Wohl keine der anderen Parteien ist so Regierungspartei, wie die freikonservative. Aus der verschiedenartigen Stellung der Regierung zu den anderen Parteien ergibt sich somit auch die Stellung der freikonservativen und Reichspartei. Vom ersten Tage ihres Bestehens an hat die Partei ihren eigenen Willen gewahrt und konnte leichter als alle die anderen Parteien der zeitigen Notwendigkeit einer wichtigen Frage entsprechen, da sie nicht als Klassenpartei anzusehen ist und auf kein Programm festgelegt war.

In den Konservativen sieht man die Mutterpartei der freikonservativen oder Reichspartei. Es ist verständlich, daß das Verhältnis zwischen Konservativen und Freikonservativen, als Ganzes betrachtet, während der 50 Jahre der gemeinsamen Tätigkeit ein freundschaftliches, vom nationalen Geiste getragenes gewesen ist. Wenngleich die Gründung der freikonservativen Partei in den Reihen der konservativen Mißstimmung erzeugte, so ist man doch auf beiden Seiten gesonnen, als Träger des monarchistischen Gedankens die politischen Dinge in gemeinsamer Arbeit zu erledigen. Wenn auch zeitweise die Konservativen in Gegnerschaft zum alten Reichskanzler und dann auch in Widerspruch zu der ausgesprochenen Bismarckpartei

stehen, so haben beide Parteien doch zum Schluß in den meisten Fragen das einigende Moment zur Nutzanwendung gebracht: Die Interessen des Deutschen Reiches und des preußischen Staates.

Die Konservativen, die als Vertreter altpreußischer Überlieferungen mit größter Willenskraft an den ständischen Gedanken für lange Jahre festhalten, zeigen sich bereit, nach und nach mit der freikonservativen Partei zu gehen.

Viele wichtige Dinge, wichtige politische Ereignisse zeigen beide Parteien im schärfsten Gegensatze. Es seien hier erwähnt die Wahl des Präsidenten v. Forckenbeck, bei der die Konservativen sich unversöhnlich stellen, die Indemnitätsfrage, die den Anlaß zur Gründung der freikonservativen Partei gibt, die Kreisordnung, in der die Konservativen weit von den Freikonservativen abrücken, in dem Glauben, daß durch Heranziehung des Bürgers und des Bauern alte überlieferte Rechte angetastet werden sollen, desgleichen in dem Kulturkampfe, in dem sich der kirchliche Standpunkt der Konservativen in schärfstem Gegensatze zu dem der Freikonservativen befindet, die danach streben, das Staatsinteresse an die 1. Stelle zu setzen. In der Schutzzollfrage bedarf es erst der Redekunst eines Kardorff, um auch die Konservativen von der Notwendigkeit dieser wirtschaftlichen Reform zu überzeugen; sie bedeutet auch für die von den Konservativen vertretenen Bevölkerungsschichten eine Lebensnotwendigkeit. Daß Konservative und Freikonservative oder Reichspartei in Frage der Machtpolitik, des Heeres, der Flotte, der Kolonien und Ostmarkenpolitik zusammengehen, ergibt sich aus ihrer verwandten Stellung zum Staate. Auf dem Gebiete der Schule und Kirche stehen die beiden Parteien oft feindlich gegenüber. Die Freikonservativen unterscheiden sich in kirchlichen Fragen von den Altkonservativen, wie später auch von

den Deutsch-Konservativen, da sie, wie gesagt, das Recht des Staates dem der Kirche voranstellen. Die freikonservative und Reichspartei hat hier durch ihre liberale Gesinnung die Möglichkeit einer Verbindung zwischen Konservativen und Nationalliberalen geschaffen. In der Frage der Volksschule gehen Konservative mit der Reichspartei zuletzt zusammen, nachdem die Konservativen im Jahre 1892 das Volksschulgesetz durch seine zu konservativ-klerikale Färbung zum Scheitern gebracht haben. Eine gleiche Stellung nehmen die Konservativen bei der Frage des Alters- und Invalidengesetzes ein. Anstatt mit der Reichspartei und den anderen Mittelparteien zusammenzugehen, versagt ein Teil der Konservativen ihre Stimme dem Gesetz und bringt so eine Verbindung der anderen Parteien mit der Sozialdemokratie zustande; sie beachtet nicht, daß ein Gesetz zu schaffen ist, das dem ganzen Volke zum Wohle gereichen soll. Eine kurze Ausführung von Parlamentariern beider Parteien sei zur Charakteristik der oft scharfen und doch wieder versöhnlichen Stellung gegeben; zuerst ein Angriff von Seiten der Konservativen im Kulturkampfe.

Am 16. November 1877 sagt Hundt v. Hafften, nachdem Windhorst behauptet hat, daß es gar keine konservative Richtung in Preußen gibt: Ja, meine Herren, nach einer gewissen Richtung haben sie allerdings Recht. Ich halte diese Mischung von frei und konservativ weder für frei noch für konservativ. Meine Herren, diese Schleppenträger oder diese politischen Schleppenträger, die sich so gern als inspiriert öffentlich hinstellen möchten, haben einmal das Wort des Fürsten Bismarck aufgefangen: alles im politischen Leben beruhe auf Kompromissen, sie halten sich für den gebotenen Vermittler der hohen Gedanken des Volkes, dem Fürsten gegenüber und des Fürsten dem Volke gegenüber und kompromittieren durch dieses ewige

Handeln, durch dieses Geschäft hin und her, die wahren Interessen des Landes und die Wahrheit und die Bedeutung der Diskussion des Hauses . . . . . Das sind diese Männer. die die politische Wahrheit mehr oder oder minder fälschen, denn die Kompromisse sollen gemacht werden, nachdem sich die parlamentarische Wahrheit im Laufe der Diskussion, im Feuer der Rede nach beiden Seiten hin ausgebildet hat. Sodann eine scharfe Stellungnahme des Freikonservativen Friedenthal gegenüber den Konservativen anläßlich der Kreisordnung gegen veralteten Konservatismus. „Sie werden mir zugeben, daß eine solche Auffassung der Dinge, — gemeint ist die Erhaltung der ritterschaftlichen Vorrechte — ein reines Zerrbild historischer und konservativer Betrachtungsweise ist. Historische Behandlungsweise kann man nicht das nennen, daß man einen beliebigen Moment aus der Geschichte herausgreift, der gerade dem Betrachtenden gefällt. und sich nun ein romantisches Bild in seinem Kopfe zusammensetzt, und hiervon Theorien abstrahiert, daß man diesem romantischen Bilde die ganze Welt gestalten will. Das kann man vielleicht romantisch und doktrinär nennen, historisch und konservativ aber gewiß nicht."

Nicht unerwähnt seien die Ausführungen des konservativen Abgeordneten Wagener, die zuerst eine Trennung zwischen beiden Parteien bringen. Bethusy und Kardorff sind auf Seiten der freikonservativen diejenigen, die stets das versöhnende Moment schaffen.

Bethusy am 18. Januar 1870 im Abgeordnetenhause. Sten. Ber. S. 1506: „Es liegt in dieser Partei (gemeint ist die konservative) der auch ich manchen Vorwurf entgegenzuhalten habe, so viel gesundes, so viel historisches, so viel berechtigtes, so viel opferwilliges Element, daß ich es für einen Leichtsinn halte, über die tatsächlichen schweren Momente derselben hinwegzugehen."

Bei der Regierungsvorlage 1900 zwecks Bau des Dortmund-Rheinkanals stimmte die freikonservative Partei mit den Konservativen gegen das Gesetz (186 gegen 116 Stimmen) und bringen somit die Kanalfrage zu Fall.

Als die Reichsfinanzreform 1909 mit der Erbschaftssteuerfrage einsetzt, tut sich eine trennende Kluft auf, die aber durch andere Dinge wieder überbrückt wird. In den Fragen der Besteuerung der Bundesstaaten sind beide Parteien einig, nämlich in dem Grundsatze, dem Staate die direkten Steuern zu geben, dem Reiche die indirekten Einnahmen zu überlassen.

§ 15. Stellung zur nationalliberalen und liberalen Partei.

Kurz nach der freikonservativen war die nationalliberale Partei im Jahre 1867 in das parlamentarische Leben eingetreten und ist von der gleichen Absicht getragen, einen Ausgleich zwischen dem schroffen Gegensatz von links und rechts zu schaffen und der Bismarckschen Politik zum Siege zu verhelfen. Diese Tatsache verband beide Parteien auf das innigste. In den ersten wichtigen Fragen im Reiche wie in Preußen auf dem Gebiete der Verwaltung, der Kirchenfrage und der wirtschaftlichen Reform stehen beide Parteien zusammen. Die Kreisordnung, das freikonservative Gesetz, fand ein lebhaftes Echo bei den Nationalliberalen, im Kulturkampfe waren sich beide Parteien einig. In der Bekämpfung des klerikalen Unwesens, bei der Schutzzollfrage gehen Nationalliberale und Reichspartei zusammen. Heeresfragen und die Interessen für die Kolonien und Flotte lassen die Mittelparteien als ein Ganzes erscheinen. In den Kartellen, die in den einzelnen Legislaturperioden gebildet waren, gehen die freikonservative oder Reichspartei stets mit den Nationalliberalen zusammen.

Der Freiherr von Zedlitz führt in Elberfeld 1910 bezüglich der Stellung zu den Nationalliberalen aus: „Mit den nationalen Parteien hat die freikonservative stets und häufig zusammengearbeitet, sofern und soweit die nationalliberale Partei den nationalen Gesichtspunkt in erster Linie sich zur Richtschnur nahm. Wenn aber, wie dies im Verlaufe der Wandlungen der nationalliberalen Partei nur zu häufig geschah, der nationale Gesichtspunkt hinter den liberalen zurückgestellt wurde, haben sich die Wege beider Parteien getrennt." Ahrend führte am gleichen Tage in Elberfeld bei der Besprechung der Reichsfinanzreform aus: „Das, meine Herren, ist die große Schuld, welche die Linke und namentlich die Nationalliberalen in diesem Augenblicke auf sich geladen haben, daß sie hier in der Not des Reiches versagten, und das um der Erbschaftssteuern willen, welche die nationalliberale Partei bei der ersten Lesung der Reichsfinanzreform selbst abgelehnt hatte." In der Zeit, da die Nationalliberalen mit ihrer bedeutenden Mandatzahl Regierungspartei waren, war ihr durch das Zusammenhalten mit der Reichspartei stets die Möglichkeit zur Unterstützung einer nationalen Politik gegeben. Die Nationalliberalen sind in Summa genommen häufiger mit der freikonservativen oder Reichspartei zusammengegangen als letztere mit den Konservativen, da diese oft einen Anschluß bei dem Zentrum gesucht haben, während die Nationalliberalen wie die Freikonservativen auf dieser Basis nicht gearbeitet haben. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie sind sich beide einig.

Anfang der achtziger Jahre bei der Frage des Tabaks- und Branntweinmonopols ließen die Nationalliberalen Bismarck, hinter dem die Reichspartei stand, im Stich, indem sie mit den Liberalen und Sozialdemokraten sich dem Monopolgedanken entgegenstellten.

Wie schwer es den Freikonservativen wurde, wenn sie in Opposition zu den Nationalliberalen stehen mußten, zeigen die Ausführungen des jüngeren Kardorff im Jahre 1912 im Wuppertal: „Die frühere Freundschaft, das gemeinsame Zusammenarbeiten der Freikonservativen mit den Nationalliberalen ist durch ihr Verhalten gestört worden. Dies zeigte sich in der Kanalvorlage, in der Reichsfinanzreform, Bürgerliches Gesetzbuch und in den wirtschaftlichen Fragen. Dazu kommt die Wahlunterstützung der Freisinnigen bei der Wahl 1912 durch die Nationalliberalen."

Aber auch die Nationalliberalen haben oft über die Reichspartei ein scharfes Urteil gefällt, das jedoch das Zusammenarbeiten der beiden Parteien zumeist nicht störte. Benningsen schreibt in seiner scharf kritisierenden Art am 25. Februar 1867 an seine Gattin: „Soviel ist sicher, daß die vornehmen Fürsten und Grafen Ujest, Renard, Bethusy und Ratibor bei ihrem Ausscheiden aus der eigentlichen konservativen Partei an den Regierungsantritt des Kronprinzen denken, und daran, daß es kein reaktionäres Ministerium, sondern ein liberales sein wird, zu welchem Ende sie eine Annäherung an die Liberalen vorbereiten, um sich für ein Koalitionsministerium möglich zu machen."

§ 16. Stellung zum Zentrum, Freisinn und zur Sozialdemokratie.

Das Zentrum, das früher in der katholischen oder in den anderen Parteien seine Vertreter gehabt hatte, trat unter dieser Bezeichnung erst einige Jahre nach der Gründung der freikonservativen und der Reichspartei ins parlamentarische Leben ein. Wenngleich es eine bürgerliche Partei und fernab von den Tendenzen der Sozialdemokratie und abgeneigt dem liberalen Gedanken ist, steht das Zentrum doch zumeist in schärfster Gegnerschaft zur freikonservativen bzw.

Reichspartei. Die Stellung zu kirchlichen Fragen ergab oft ein Bündnis des Zentrums mit den Konservativen. Beide stellten an die Spitze ihres Programmes das Einsetzen für die Kirche; an zweiter Stelle kam für sie erst der Staat. Die freikonservative Partei, die die Verfechterin der unbedingten Vormachtstellung des Staates war, geriet daher im Kulturkampfe in schärfste Opposition zum Zentrum. Als getreue Bismarckspartei hatte sie den Schaden des undeutschen Wesens der römisch gerichteten katholischen Kirche erkannt und den Kampf gegen das Zentrum aufgenommen und durchgeführt. unter Hintenansetzung eigener Interessen.

In wirtschaftlichen Fragen (Zoll 1879 und Handel 1902) sieht man das Zentrum mit der freikonservativen oder Reichspartei zusammengehen, wenngleich dem Zentrum die von der freikonservativen Partei erstrebten Tabaksteuern durch die Frankensteinsche Klausel eine bedenkliche Einschränkung bekam. Dem Monopolgedanken stand das Zentrum gleichfalls freundlich gegenüber. Zur Erreichung dieses Zweckes hatte die freikonservative Partei aber im Kulturkampfe von den gesteckten Zielen abgehen müssen. In Gegnerschaft befand sich das Zentrum mit der Partei in der Heeresfrage. Es seien hier die Septennatswahlen von 1887 erwähnt, die infolge der Heeresetatsverweigerung von Seiten des Zentrums notwendig wurden. Von dieser Zeit an hat das Zentrum sich auch auf die Vertretung des Machtgedankens eingestellt. Auch im Jahre 1895 stehen beide Parteien bei der Frage des Glückwunsches für den Fürsten Bismarck in schärfster Gegnerschaft. Das Zentrum trat, nachdem es in den Machtfragen eine andere Stellung eingenommen hatte, den Freikonservativen näher. Die Kolonialpolitik der Zentrumspartei forderte den Kampf der Konservativen heraus, die hier den Staatsgedanken über das Missionsinteresse stellten.

Besonders scharf tritt die freikonservative Partei dem Zentrum gegenüber in Frage der Ostmarkenpolitik. Das weite Gewissen des Zentrums konnte nicht in Einklang gebracht werden mit der reinpreußischen-deutschen Politik der freikonservativen und Reichspartei. Auch hier lag der Grundgedanke wieder in der Frage: Ob Staat oder Kirche höher zu stellen sei.

Der Vorwurf, der der freikonservativen Partei gemacht wird, dem Zentrum durch die Reichsfinanzreform im Jahre 1910 in den Sattel geholfen zu haben, trifft nicht zu. Es war nicht die Schuld der freikonservativen Partei, daß der Bülow-Block zerschmettert wurde, sondern hier lag es mehr an der Bülowschen Politik, die nach Bismarckschem Prinzip hätte nachgeben müssen. Die freikonservative Partei, obwohl oft in Gegnerschaft zum Zentrum, verschloß sich nicht der Tatsache, daß das Zentrum in den meisten Fragen nicht auszuschalten sei.

Bei den Kartellbildungen finden sich Freikonservative und Zentrum selten zusammen. Bei den Wahlen wurde die freikonservative Partei vom Zentrum nicht unterstützt. da die Zentrumspartei ihre Stimme vom Standpunkte der Kirche aus den Konservativen lieh, da das Zentrum den Kulturkampf nicht vergessen konnte. Bei den letzten Legislaturperioden stimmten die Zentrumswähler sogar für die linksstehenden Parteien. Die Freikonservativen dagegen sahen in dem Zentrum stets eine bürgerliche Partei und nahmen nie in ihrer Wahlparole gegen das Zentrum Stellung.

Ein Urteil des Freihern v. Zedlitz in Elberfeld 1912 sei hier noch angeführt: „Das Zentrum hat überdies den Vorzug, überaus aktionsfähig zu sein. Es läßt sich, wo es gilt, praktische Ziele zu erreichen, durch seine programmatischen Grundsätze nicht beirren und sticht demzufolge vorteilhaft von den Liberalen ab, welche

nur allzu oft den Anforderungen politischer Notwendigkeiten nicht gerecht werden können, weil sie über die Zwirnsfäden veralterter programmatischer Forderungen nicht fortkommen." Die freikonservative Partei hat daher niemals den Standpunkt vertreten, daß das Zentrum von der positiven Mitwirkung in der Politik des Reiches und Preußens auszuschalten sei: aber sie erachtet es für unerwünscht, daß eine Partei, deren letzte Ziele außerhalb unseres Reiches und der nationalen Interessen liegen, einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Politik des Reiches oder Preußens übt und wird in dieser Anffassung durch die Erfahrung gestärkt, welche mit der Herrschaft des Zentrums im Reiche vor 1907 zu machen war. Noch ein Auspruch Ahrends soll angeführt werden: „Ich muß es namentlich bedauern, daß hier am Rhein bei der Wahl zwischen einem Zentrumsmanne und einem Sozialdemokraten die Stimme für die Sozialdemokraten abgegeben worden ist. Unter allen Umständen und was auch immer das Zentrum seinerseits tun mag, — ob es den Sozialdemokraten zum Siege verhilft oder nicht, das muß es mit seinem Gewissen abmachen — muß unser Gewissen uns zwingen, gegen die Sozialdemokraten zu stimmen."

Besonders hervorzuheben ist das versöhnende Moment, da das wiederum von Seiten der Reichspartei in den Vordergrund gerückt wird, als im Reichstage im Jahre 1902 die Frage der Aufhebung des Jesuitengesetzes behandelt wurde. Es war hier der Abgeordnete v. Kardorff, der als erster für die Aufhebung des § 1 im Reiche sprach.

Die Stellung der freikonservativen Partei zum Freisinn, unter dem die Fortschrittspartei, die freisinnige Vereinigung und die deutsche Volkspartei[1]) verstanden sein sollen, ist durchweg eine gegnerische, mit nur

[1]) Der Name kommt bereits damals schon vor; s. Naumann u. Rehm.

wenigen Ausnahmen. Die Freikonservativen widersetzten sich dem fortschrittlichen, ungestümen Geiste und Bethusy sagt 1869, die Partei beurteilend: „Die liberale Seite des Hauses will eine durchweg neue Konstruktion, sie will aus einer Schablone einen Staat konstruieren, welchem die historischen Grundlagen hier bei uns fehlen."

In der Frage der Schultze-Delitzschschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gehen Freikonservative und Freisinn zusammen, um aber später in der Frage der Konsumvereine, der Warenhäuser in schärfster Opposition zu stehen.

Die Partei der Freikonservativen verhehlt es nie, daß sie mit dem Freisinn als der „Vorfrucht des Sozialismus" (Ausspruch Bismarcks im Reichstage), nicht zusammen gehen kann: dennoch versucht die Partei soweit als möglich dem liberalen Gedanken gerecht zu werden, so in der Kreisordnung 1869—72. Der Abgeordnete v. Kardorff führt im Reichstag aus: „Diejenigen Herren, die im Jahre 1866 der Regierung die Indemnität verweigerten, diejenigen Herren, welche später die norddeutsche Bundesverfassung für das Grab der Freiheit erklärten, die handeln allerdings vollkommen konsequent, ... wenn sie auch dieser (gemeint ist die Kreisordnung) gegenüber, welcher meiner Ansicht nach große liberale Konzessionen enthält, die Haltung einnehmen, welche der Herr Abgeordnete Dr. Virchow und seine Fraktion zu derselben eingenommen hat: aber m. H. dieses Prädikat der Konsequenz, welches ich den Herren zuspreche, ist in meinen Augen allerdings kein Lob, sondern der schwerste Tadel, den man einer politischen Partei aussprechen kann, denn diese Konsequenz beruht ausschließlich auf gewissen pessimistischen und doktrinären Anschauungen auf einem gewissen Rechnen mit ungewissen Eventualitäten statt auf dem Rechnen mit gegebenen konkreten Verhältnissen und tatsächlichen Zuständen."

In der Kulturkampffrage, in der die Freikonservativen weitgehendste liberale Anschauungen vertreten, sieht man den Freisinn auf der Höhe des Kampfes abschwenken und somit Bismarck mit seinem Anhange, in ihm die freikonservative Partei, im Stich lassend. Meist sind es Pessimismus und Egoismus des Freisinns, die die Gegensätze zwischen den beiden Parteien hervorrufen.

In der Schutzzollfrage stoßen die Geister scharf aufeinander. Der Freisinn mit seinem Freihandel steht in schärfster Opposition zu der Reichspartei, der Verfechterin des Schutzzollgedankens.

Bei den Handelsverträgen ist die Stellung umgekehrt: die Freisinnigen sind dafür, die Freikonservativen dagegen. Landwirtschaft und Handwerk, die von der freikonservativen und Reichspartei, im Interesse des Ganzen gefördert werden, sind Stiefkinder des Freisinns. Die Stellung im Parlamente zu diesen Fragen zeigt die Gesinnungsart des Freisinns und somit seine Opposition gegenüber den Freikonservativen. Die Zollgesetze von 1879, 1882 und 1902 werden vom Freisinn verneint. Einer gerechten Besteuerung unter Freilegung der Einkommen unter 900 Mk. und die Heranziehung der größeren Vermögen, den Personensteuergesetzen, Warenhaus, Tantièmensteuer, bis auf die letzten indirekten Steuern, steht der Freisinn im Gegensatz zur Reichspartei ablehnend gegenüber. Er fragt nicht danach, wie die Deckung des Etats erzielt wird. Diese angeführten Punkte beweisen die mittelstandsgegnerische Haltung des Freisinns im Gegensatz zu den Freikonservativen, die in der Vertretung des Mittelstandes, als der Stütze des Staates, eine Ehrenpflicht sehen. Beamtenbesoldung, Lehrerfrage und Heeresverstärkung führen auch Freisinn und Freikonservative oft zum Kampf gegeneinander.

Bei der von den Freikonservativen vertretenen Bestrebung für die Verstaatlichung der Eisenbahnen zum

Staatswohle, findet sich der Freisinn, wie üblich, in der Opposition. Während der Eugen Richter'schen Zeit finden sich noch Punkte, wo sich beide Parteien für kurze Zeit freundschaftlich gegenüberstehen, dann wird aus der gleichgültigen Haltung der beiden Parteien eine feindschaftliche. Im Bülow-Block sieht man für kurze Zeit noch Reichspartei und Freisinn zusammen, dann aber läßt es sich der Freisinn nicht nehmen in Wahlkreisen, in denen Rechtsparteien mit Sozialdemokraten im Kampfe stehen, die Wahlparole für die Sozialdemokratie auszugeben. Sodann vertreten die Freisinnigen auch die Interessen der Elsässer, Polen und Dänen und schaffen somit eine große Kluft zwischen sich und den Freikonservativen.

Wie scharf die Gegnerschaft war, beweist die Tatsache, daß man bei der Frage, ob Zentrum oder Freisinn zu unterstützen sei, sich unbedingt für die erstere einsetzt, mit deren politischer Richtung die Partei keineswegs einverstanden war.

Zwischen Freisinn und Freikonservativen besteht der Unterschied, wie zwischen kapitalistischem und Beamtengeist. Der internationale Gedanke, der den Liberalismus in seiner Stellung zu den wirtschaftlichen Fragen leitet, ist der freikonservativen und Reichpartei fremd, die in erster Linie Schutz der nationalen Arbeit fordern. Ein Bündnis mit der Sozialdemokratie ist für die Freikonservativen eine Unmöglichkeit, wird aber beim Freisinn zur Tatsache. Wenn auch die Freisinnigen in den Zeiten, in denen sie sich gegen die Sozialdemokratie wenden, die monarchische Gesinnung herauszuarbeiten sich bemühen, huldigen sie doch andererseits vereint mit der Sozialdemokratie den umstürzlerischen Gedanken. Der Freisinn stellt sich im Abgeordnetenhause der Wahlrechtsfrage unklar gegenüber entgegen 1912—1916.

Im Freisinn sieht man einen Vertreter des Frauenwahlrechts. Für den Freisinn gibt es allein eine Erweiterung der Volksrechte: sie fragen nicht, wie es dem Staate frommt, den sie in eine neue Form hineinzwängen wollen. Die Diätenfrage sieht sie auch wie in allen den Dingen auf einer anderen Seite als die Freikonservativen.

Die Zusammenfassung aller dieser Gedanken, dies Schlußwort über den Freisinn, spricht der Freiherr von Zedlitz in Barmen 1912 aus: „So tief ist noch keine Partei herabgesunken, wie der Freisinn, daß sie ihre Anhänger angewiesen hat, für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen . . . solche Abkommen stempeln die Liberalen zu Heloten der Sozialdemokraten . . . ich erinnere an den Großblock in Baden und an den bayrischen Rotblock."

Die freikonservative oder Reichspartei steht als Verfechterin des monarchischen Gedankens im schärfsten Gegensatz zur Sozialdemokratie, die sie mit ihren staatsfeindlichen, mit ihren umstürzlerischen Bestrebungen stets auf das heftigste bekämpft. Als das Jahr 1878 das Sozialistengesetz als Folge der antimonarchischen Umtriebe brachte, setzte sich die Reichspartei scharf für die Einbringung dieses Ausnahmegesetzes ein und gehörte auch zu jenen, die im Jahre 1890 für die Verlängerung desselben eintraten. Kardorff war in seinen Ausführungen anläßlich des Notstandsgesetzes auch auf den Fall des Sozialistengesetzes zu sprechen gekommen und bemerkte u. a.: „Eigentlich ist ja, wenn man will, das Gesetz durch eine Art Mißverständnis zu Fall gekommen. Die Herren von der deutsch-konservativen Partei haben das Gesetz fallen lassen, wie sie glaubten, auf Wunsch des Fürsten Bismarck." Bismarck hat auf eine diesbezügliche Frage Kardorffs dem Abgeordneten geantwortet: „Sie kennen mich 25 Jahre, halten Sie

mich für so töricht, eine solche pessimistische Politik zu treiben?"

Der Abgeordnete Stumm tritt bei der Behandlung der sozialistischen Frage in den Vordergrund. Eine wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie sieht die Reichspartei in der Einbringung der Unfall-, Invaliden- und Altersversicherungsgesetze. Friedenthal sagt am 16. März 1872: „Politische Notstände kann man allenfalls eine leidliche Zeit hinziehen, aber die soziale Frage duldet nicht, daß man auf das Unbestimmte hin mit ihr spielt." Als in den neunziger Jahren von verschiedenen Parteien unerfüllbare Anträge betreffs der Arbeiterschutzgesetzgebung eingebracht wurden, wandten sich die Mitglieder der Reichspartei gegen das Buhlen um die Gunst der Arbeiterschaft, in dem sie eine große Gefahr für das Reich sahen. Auf dem Gebiete der Verfassung, der Durchführung einer deutschen Machtpolitik, bei den kulturellen wie wirtschaftlichen Bestrebungen stehen sich Reichspartei und Sozialdemokratie stets gegenüber.

Freiherr von Zedlitz sagte im Wuppertal 1912: „Wenn wir die Sozialdemokratie notwendig als eine schlimme Krankheit bekämpfen, so sind wir naturgemäß verpflichtet, diejenigen, die sozial und wirtschaftlich der Sozialdemokratie am nächsten stehen, vor der sozialdemokratischen Propaganda zu bewahren."

Ein Zusammengehen beider Parteien in dem Wahlkampfe war ausgeschlossen; die Reichs- und freikonservative Partei setzte sich vielmehr mit der ihr zu Gebote stehenden Kraft immer für die Unterstützung der sozialdemokratischen Gegenkandidaten ein. Von Bethusy, von Kardorff, von Stumm und von Zedlitz haben in der Behandlung der Fragen der arbeitenden Kreise Deutschlands für eine gesunde Entwickelung der unteren Volksschichten sich große Verdienste erworben. Förderung des Volksschulwesens,

Mitbestimmungsrecht in den die Arbeiterschaft betreffenden Fragen, ein gesunder Sozialisierungsgedanke auf dem Gebiete des Staatsmonopoles, Hebung der Volkswohlfahrtspflege, Witwen- und Waisenversorgung, eine gesunde Rechtspflege und eine allen Volksschichten entsprechende Steuergesetzgebung gaben der Reichs- und freikonservativen Partei das soziale Tätigkeitsfeld.

§ 17. Die Kartellbildungen im Reiche und in Preußen.

A. 1. Die Bismarcksche Politik, die auf einer liberalen konservativen Grundlage basierte, brachte in den Legislaturperioden von 67—78 einschließlich die Herrschaft der Nationalliberalen mit Reichspartei. Die 5. Legislaturperiode von 1881 brachte eine konservativ-klerikale Mehrheit.

2. Die 5. und 6. Legislaturperiode 1881 und 84 schalteten die konservative und die Mittelparteien aus. Zentrum und Linksliberale übernehmen die Führung, die in die Zeit der Monopolablehnung und der Handelsvertragkämpfe fällt.

3. Die 7. Legislaturperiode 1887 bringt die Reichspartei wieder in die führende Stellung des Kartells von Konservativen, Reichspartei und Nationalliberal. Es ist dies die Folge der Septennatswahl. Linksliberale und Zentrum verlieren Mandate zu Gunsten der national gesinnten Gruppen.

4. Die 8. Legislaturperiode von 1890 bringt einen jähen Rückschlag für die Reichspartei und die Kartellparteien, so daß Nationalliberale und Reichspartei vollkommen ausgeschaltet werden. Die Folge ist die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes. Es ist dies die Zeit des krassen Liberalismus, in die die Entlassung Bismarcks fällt.

5. Die 9. und 10. Legislaturperiode 1898 und 1899

bedeuten für die Reichspartei und Nationalliberalen das gleiche; nur daß die Herrschaft des krassen Liberalismus sich in die Herrschaft der Konservativen und der Zentrumspartei verwandelt. In diese Perioden fällt die Ablehnung des Glückwunschtelegrammes an Bismarck. Diese Perioden sind als unproduktiv anzusehen.

6. Die 11. Legislaturperiode 1903 sieht die Reichspartei mit in den führenden Gruppen. In diese Periode fällt die Reichsfinanzreform, die die Rechtsstehenden, Mittel- und Zentrumsparteien zusammen sieht.

7. Die 12. Legislaturperiode 1907, die Bülow-Blockperiode, schaltet das immer mächtiger werdende Zentrum aus; an dessen Stelle tritt die liberale Partei. Es setzt jetzt nationale Machtpolitik ein. Die Wahlen zu dieser Periode standen unter den Zeichen der aus nationalen Gründen erfolgten Reichstags-Auflösung. Heeres-, Flotten- und Kolonialfragen werden im Interesse des Reiches erledigt. Das Jahr 1909 bringt den Sturz Bülows infolge des Erbschaftsgesetzes. Die konservative Partei springt vom Kartell ab, der Block wird gesprengt.

Die Reichspartei tritt in den Hintergrund, Konservative und Zentrum regieren in der beginnenden Bethmannschen Aera (Schwarz-blauer Block).

8. Die 13. Legislaturperiode von 1912 bis zum Reichszusammenbruch bringt eine überwiegende Mehrheit von Zentrum, Linksliberalismus und Sozialdemokratie; Konservative und Mittelpartei werden vollkommen ausgeschaltet. Die Reichspartei fällt auf die geringe Zahl von 12 Mandaten.

B. Im Hause der Abgeordneten kann von einer ausgesprochenen Kartellbildung, wie im Reichstage, nicht die Rede sein. Hier liegt die ganze Kraft auf der rechten Seite des Hauses. Die Zahl der Parteien

ist geringer und die Linksparteien verlieren durch ihre kleine Mandatszahl an Bedeutung.

1. In der 10. bis 14. Legislaturperiode 1867—79 haben die Freikonservativen mit den Nationalliberalen mit einer geringen Unterstützung einer anderen Partei die Herrschaft. Diese Zeit steht unter dem Einflusse der Kreisordnung, des Kulturkampfes und der Steuerreform. Die Konservativen befinden sich bis zu Beginn der 14. Legislaturperiode immer noch in der Opposition zur Regierung. Als sie aber Ende der siebziger Jahre den Beweis gebracht haben, daß sie eine gesunde, fortschrittliche, auf konservativer Grundlage errichtete Politik treiben, wächst ihre Partei bedeutend an und es setzt eine Verschiebung der Kraft von der nationalliberalen Partei nach rechts ein. Den Hauptgewinn haben zwar die Konservativen, doch auch die Freikonservativen weisen einen beträchtlichen Zuwachs auf. In der 13. Legislaturperiode 1877—79 hat die Partei nur 33 Mandate, während die 15. — 1882—85 — die stattliche Zahl von 60 aufweist.

2. Von der 14. Legislaturperiode 1879 ab ist die konservative Partei so stark, daß sie vereint mit den Freikonservativen jederzeit die Mehrheit zu bilden vermag und so setzt von dieser Legislaturperiode ab das konservativ-freikonservative Regime ein. Bei verschiedenen politischen Fragen, vor allen Dingen in denen der Schulreform, sieht man die Freikonservativen wieder mit den Nationalliberalen zusammen, doch vermögen sie nicht mehr eine herrschende Mehrheit zu bilden. In dem Augenblicke, da die Freikonservativen von den Konservativen wegen streng kirchlicher Fragen abrücken, wird die Stelle der Freikonservativen durch das Zentrum ersetzt und die Herrschaft ruht dann auf den konservativ-klerikalen Parteien.

Die Fragen, die im Abgeordnetenhause zu erledigen waren, wechselten in so bunter Folge, daß sich eine

Kartellbildung nicht hätte durchführen lassen; auch war der Regierung im Gegensatze zum Reiche eine engere Linie vorgezeichnet und sie vermochte bereits in den Gesetzen mehr den Wünschen der führenden Parteien zu entsprechen. Die für das Abgeordnetenhaus so wichtige Frage der Wahlrechtsreform hatte anfangs nur eine Anhängerschaft in den linken Teilen des Hauses und sah hier bereits die Nationalliberalen gespalten. Daß die freikonservative Partei sich zum Schluß teilweise auch für die Wahlrechtsreform einsetzt, war das dringende Gebot der Stunde, und es stand die Politik des Hauses unter dem Drucke der äußeren Geschehnisse.

Die freikonservative oder Reichspartei hat in allen Fragen, sei es auf dem Gebiete der Handels-, der Steuer- und Finanzreform, der Landwirtschaft, des Heeres, der Flotte, der Kolonien, der Ostmarken, der Schule, der Kirche und in Sonderheit des Mittelstandes, des Handwerkes tätig mitgearbeitet. Daß die Partei stets die Verfechterin des monarchischen Gedankens, die Wahrerin der konstitutionellen Verfassung und die Förderin eines gesunden Ausbaues von Staat und Reich gewesen ist, haben die bisherigen Ausführungen dargelegt.

* * *

„Die Gedanken der freikonservativen und Reichspartei sind in dem Programm der heutigen Deutschnationalen Volkspartei enthalten, wenngleich auch das Programm der Deutschen Volkspartei viele Parallelen mit den Freikonservativen aufweist. Die nicht zu leugnende vorhandene Kluft zwischen den Rechtsparteien muß durch eine goldene Brücke überwunden werden."

Hier sei der Zedlitzsche Ausspruch vom Jahre 1907 noch einmal angeführt: „Eine solche Partei wird

in einer an Aufgaben so reichen Zeit wie der unserigen nicht nur von Nutzen, sondern auch ein Binde- und Mittelglied sein in der Reihe der Parteikonstellationen, die leider in so reichem Maße unser politisches Leben beherrschen."

„Das Vaterland über die Parteien!"

Literatur und Quellen.

I. Zeitschriften, Broschüren, Monographien, Biographien.

v. Bethusy, Graf Eduard: Die Schwerin'sche Kreisordnung. Selbstverlag 1863.

v. Bismarck, Otto: Gedanken und Erinnerungen. II. Stuttgart 1898.

Burger, Alexander: Geschichte der Parteien des Deutschen Reichstages. Heft 266/361, Kultur und Fortschritt, Gautzsch b. Leipzig. Felix Dietrich 1909.

v. Kardorff-Wabnitz, Wilhelm: Gegen den Strom. 2. Aufl. Berlin 1875 Verlag Julius Springer.

— Präfektur und Selbstverwaltung. Desgl. 1867.

— Vestiga terrent. Kreuz-Ztg. 8. März 1878.

— Molkte, aus deutschen Monatsschriften. X. Stuttgart 1902.

— Nr. 14 des Wochenblattes 6. April 1893, Berlin.

Linz, F.: Parlamentreden. Westdeutsche Druckerei, Barmen 1911.

— Zur Geschichte und Psychologie des Liberalismus, 1 Nationaler Verein. München-Gern. 1910.

Naumann, Friedrich: Die politischen Parteien, Berlin 1912.

v. Petersdorf, Hermann: Deutsche Männer und Frauen. S. 256 ff. und 329 ff. Reimar Hobbing, Berlin 1913.

Poschinger: Aufzeichnungen Kardorffs in der deutschen Revue 1908.

Partei, freikonservative: Bericht über Tagung 29. Mai in Elberfeld, Volkszeitung für West-Deutschland.

— Kundgebung im Wuppertal.

— Barmen und Elberfeld 1912. Westdeutsche Druckerei, Barmen.

— Feier des 40jährigen Bestehens am 4. und 5. Mai 1907, Druck von Wilhelm Gottl Korn, Breslau.

— Reden bei Festessen des Gesamtvorstandes am 12. Mai 1912. Druck und Verlagsanstalt G. m. b. H. Borussia, Berlin S. W 11.

— Rechenschaftsbericht über Tagung des Reichstages von 1907—1911, herausgegeben vom Büro der Reichspartei, Borussia. Druck und Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin 1917 ff.

Schlesische Zeitung: Freikonservativer Parteitag in Breslau 19. Oktober 1916.

v. Stumm-Halberg, Freiherr Carl-Ferdinand: Gesammelte Parlamentsreden. Otto Elsner, Berlin 1912.

Timme, Friedrich: Graf Eduard v. Bethusy-Huc, der Gründer der freikonservativen Partei. Aufsatz Deutscher Revue, März 1918. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Timme, Friedrich: Bismarck und Kardorff, Deutsche Revue 1914, dergleichen.
Wolfstieg, August: Die Anfänge der freikonservativen Partei, Berlin, Georg Stilke, 1908.

II. Wissenschaftliche Werke.

v. Bülow, Fürst Bernhardt: Deutsche Politik, Raimar Hobbing, Berlin 1916.
Delbrück, Hans: Regierung und Volkswille, Georg Stilke, Berlin 1914.
Meineke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat, R. Oldenburg, München und Berlin 1917.
Hintze, Otto: Die Hohenzollern und ihr Werk. Verlag Paul Parey, Berlin 1915.
Rehm, Dr. Hermann: Deutschlands politische Parteien, Gustav Fischer, Jena 1912.
Stier-Somlo, Fritz: Grund und Zukunftsfragen deutscher Politik. A. Marcus und E. Webers Verlag, Bonn 1917.

MSH 27783

END OF
TITLE